

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

AVARELL HARRIMAN

Der sowjetische Angriff und die amerikanische Politik

Die unerkannte Gefahr

Amerika wählt im Herbst einen neuen Präsidenten. Wir übernehmen aus der amerikanischen Zeitschrift „ATLANTIC“ mit freundlicher Genehmigung des Verlages, den folgenden Artikel von Averell Harriman, dem früheren amerikanischen Botschafter in Moskau und langjährigem vertrauten Berater Franklin D. Roosevelts. Der Artikel zeigt, wie in der amerikanischen Politik sich innen- und außenpolitische Aspekte der Welt politik kreuzen. Auch in diesem Falle bringen wir diese Auffassung, ohne damit unsererseits im mindesten zu dem Inhalt Stellung nehmen zu wollen.

Niemand weiß, ob Bulganin und Chruschtschow am Tage der Veröffentlichung dieses Artikels lächeln oder grollen, ob sie Präsident Eisenhower zu seiner Aufrichtigkeit und seinen friedlichen Absichten gerade beglückwünschen oder Außenminister Dulles als Kriegstreiber beschimpfen, ob sie uns gerade einen neuen Friedensvertrag anbieten oder uns beleidigen, irgendeinem anderen Land Handel und Hilfe oder Waffen versprechen oder ihm drohen. Doch ungeachtet ihrer jeweiligen Taktik verfolgen sie eine konsequente Strategie.

Diese Strategie ist im Oktober 1952 vom Kreml erläutert und angenommen und seit dieser Zeit angewandt worden. Ihr Ziel ist die Zerstörung alles dessen, woran wir glauben, und die eventuelle Weltherrschaft des sowjetischen Kommunismus. Das ist „friedliche Koexistenz“ russischen Stils.

In den Vereinigten Staaten ist damals der Tatsache, daß vor drei Jahren gleichzeitig im Kreml und im Weißen Haus neue Männer zur Regierung gekommen sind, und der Bedeutung der Veränderungen in Politik und Methode viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Stalin, ein Vierteljahrhundert lang unbestrittener Herr der Sowjetunion, starb am 5. März 1953. Fünf Monate vor diesem Datum hatte er Briefe veröffentlicht, in denen er eine umfassende Änderung der Strategie zu rechtfertigen suchte und die sich als letzter Wille und Testament herausgestellt haben. Sechs Wochen vor seinem Tode hatte die Demokratische Partei (der Vereinigten Staaten), die zwanzig Jahre an der Macht gewesen war, einer republikanischen Regierung weichen müssen. Diese Veränderungen in der Führung der zwei größten Mächte der Welt, die tiefe Folgen gehabt haben, beginnen erst jetzt in westlichen Kreisen erfaßt zu werden.

Stalins Tod schwächte den Kreml zweifellos in den Gebieten hinter dem Eisernen Vorhang. Kein neues Regime konnte es mit Stalins zielstrebigem und brutaler Tüchtigkeit aufnehmen. Doch sein Tod eröffnete seinen Nachfolgern die Möglichkeit, die „friedliche Koexistenz“, die Stalin kurz vorher klug und schlau proklamiert hatte, außenpolitisch wirkungsvoller zu handhaben. Zu oft in seinem langen Leben hatte Stalins Lächeln Vernichtung für viele Menschen und Völker bedeutet, als daß die Welt an seine Güte und friedlichen Absichten glauben würde. Nach seinem Tode kam eine Führungsschicht an die Macht, die weniger grausam und tückisch zu sein schien (mit Ausnahme von Berija, dessen Hinrichtung dem Kredit seiner eigenen Standesgenossen zugute kam). Dies ließ hoffen, daß ihre Herzen vielleicht nicht so hart wären und das gegenseitige Mißtrauen sie am Bösen hindern würde. Diese Hoffnung haben die Männer im Kreml durch kluge und zeitlich geschickt gewährte Konzessionen genährt. Auf diese Weise haben sie die Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit mehr Geschick und Wirkung vorangetrieben, als Stalin es hätte tun können.

Das Prinzip dieser Politik ist in den von Stalin geschriebenen und am 2. Oktober 1952 im „Bolschewik“ veröffentlichten Briefen dargelegt worden, drei Tage vor der Eröffnung des 19. kommunistischen Parteikongresses. Diese Briefe sind von allen Kongreßsprechern gepriesen und die in ihnen vertretene Theorie ist von Malenkow, damals Sekretär des Zentralkomitees der Partei, ausführlich erläutert worden.

Stalins Briefe waren besonders bedeutsam im Lichte der damaligen Weltsituation. Der Vorstoß des Kreml nach dem zweiten Weltkrieg — mittels Aggression, Druck, Drohungen und Umsturz —, Kontrolle und Einfluß in Europa und

im Mittleren Osten über das Gebiet hinaus auszudehnen, das die sowjetischen Armeen bei Kriegsende besetzt hatten, war zweifellos gescheitert. Der Westen war zu einer starken und festen Einheit geworden, so daß weitere Fortschritte mit diesen rohen Methoden aufgehalten werden konnten. Sowohl im Iran, in Griechenland, in der Türkei, in Berlin und Triest als auch in Südkorea war die sowjetische Kontrolle verhindert worden, und in Westeuropa waren die umstürzlerischen Versuche gescheitert. Die Truman-Doktrin, der Marshall-Plan, die Berliner Luftbrücke, das Programm des gegenseitigen Verteidigungsbeistandes, der Nordatlantikpakt, der Aufbau einer NATO-Armee

INHALT DIESER BEILAGE:

Averell Harriman:

Der sowjetische Angriff und die amerikanische Politik

Chester Verme Easum:

Die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten (S. 426)

J. Lawton Collins:

Die NATO ist für den Frieden noch unbedingt notwendig (S. 431)

in Europa und das Vorgehen der Vereinten Nationen (von den Vereinigten Staaten energisch geführt) im Falle Irans und Südkoreas — dies alles hat dazu beigetragen, eine Situation der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Stärke und Einheit der freien Welt herzustellen. Die wachsende Stärke der NATO-Armeen begann 1952 das Vertrauen zu stärken, daß sie imstande sein würden, die plötzliche Überrolung Westeuropas zu verhindern. In Korea waren die Erwartungen Stalins auf einen leichten Sieg durchkreuzt und der kommunistische Angriff zurückgeworfen worden.

Stalin verlagert die Offensive

Aus dieser Situation heraus verlagerte Stalin die Offensive auf das wirtschaftliche, politische und psychologische Gebiet und konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf Asien und andere unterentwickelte Gebiete. Nachstehend in wenigen Worten seine Argumentation, von Malenkow wiederholt und weiterentwickelt:

Die Zerstückelung des einheitlichen Weltmarktes ist die wichtigste wirtschaftliche Konsequenz des zweiten Weltkrieges. Es gibt jetzt zwei parallele und miteinander konkurrierende Weltmärkte — den sowjetisch-kommunistischen Block, der sich von Ostdeutschland und den Balkanländern bis nach Nordkorea ausdehnt, und das „andere Lager“ (der freien Welt). Der sowjetische Block ist groß, stark und autonom; seine Mitglieder arbeiten auf „kooperativer“ Basis miteinander und seine Wirtschaft wächst prozentual viel schneller als die des Westens, so daß sich die Spanne der industriellen und wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens unaufhaltsam verengen wird und schließlich verschwinden muß.

In einigen Jahren kann das sowjetische System an wirtschaftlichem Wachstum, politischer Stabilität und militärischer Stärke das System der freien Welt übertroffen haben. Der wirtschaftliche Fortschritt des Sowjetblockes wird auf die ehemaligen kolonialen und unterentwickelten Länder, die nach und nach das Joch des „kapitalistischen Imperialismus“ abwerfen werden, eine stärkere Anziehungskraft ausüben. Ein Krieg zwischen den kommunistischen und kapitalistischen Ländern ist nicht unbedingt notwendig, aber ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern ist wahrscheinlich. Bei ihrer Jagd um die ständig schrumpfenden Märkte werden sie miteinander in verderblicher Weise konkurrieren, einander schwächen, miteinander streiten, sich verzanken und vielleicht einander bekämpfen.

Diese Stalin-Malenkow-Analyse enthielt un- ausgesprochen die folgende Absicht: Die Sowjetunion wird ihre Diplomatie, Propaganda und Wirtschaftsmacht voll dafür einsetzen, um neue Untertanen an sich zu ziehen, die freie Welt zu schwächen und zu teilen und die Vereinigten Staaten zu isolieren. Vielleicht kann die Sowjetunion nach einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern ohne zu viel Mühe die Herrschaft übernehmen. Inzwischen ist es von grundlegender Bedeutung für den Erfolg der sowjetischen Politik, daß die Spannungen nachlassen und das Vertrauen in die friedlichen Absichten der Sowjets wächst.

Am Schlusse seiner Ansprache auf dem kommunistischen Parteikongreß stieß Malenkow mit voller Kraft ins Friedenshorn. Unter anderem sagte er:

„Die sowjetische Politik des Friedens und der Sicherheit für alle Völker ruht auf der Prämisse, daß die friedliche Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus und ihr Zusammengehen durchaus möglich sind . . .“

Die Sowjetunion ist immer für die Ausweitung des Handels und für das Zusammengehen mit anderen Ländern ungeachtet der Verschiedenartigkeit der sozialen Systeme eingetreten und tritt auch jetzt dafür ein . . .

Wir sind davon überzeugt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus mit jedem Jahr schlagender seine Überlegenheit über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen wird . . .“

Chruschtschows Zeitplan

1953 und 1954 war es klar, daß sich die Dinge so abspielen würden. Die Sowjets schlugen z. B. großes Kapital aus ihrem Angebot, ein Stahlwerk in Indien zu bauen, und sogar aus dem Verkauf von Weizen an Indien. Aber 1955 erweiterte der Kreml seinen Feldzug zu einer umfassenden Offensive, wie die nachfolgenden Ereignisse zeigen werden:

April-Mai 1955: Nach zehn Jahren der Quertreibung Zustimmung zu einer Friedensregelung mit Österreich (zum Beweis eines grundlegenden Wandels und um Westdeutschland einen Köder hinzuhalten).

April: Der Versuch, mittels Rotchinas die Bandung-Konferenz zu einer Demonstration asiatischer und afrikanischer Solidarität gegen den Westen zu machen.

Juli: Die Gipfelkonferenz in Genf (eine Woche falscher Jovialität, in der in keiner einzigen grundlegenden Frage ein Übereinkommen, jedoch ein „Nachlassen der Spannungen“ — und ein Nachlassen der Wachsamkeit der freien Welt — erreicht worden ist).

September: Der kommunistische Waffenhandel mit Ägypten und das sowjetische Angebot an Ägypten, beim Bau des Assuandammes zu helfen (Anzeichen eines allgemeinen Vorstoßes, den sowjetischen Einfluß auszudehnen und dem Westen im Mittleren Osten Schwierigkeiten zu bereiten).

November: Zweite Genfer Konferenz (die Russen wiesen arrogant die westlichen Vorschläge zur Regelung der grundsätzlichen Fragen in Europa zurück, während sie den Westen für den Fehlschlag der Konferenz verantwortlich machten).

November-Dezember: Triumphale Reise Bulganins und Chruschtschows durch Indien, Burma und Afghanistan, wobei sie großzügig sowjetischen Handel und sowjetische Hilfe versprachen und vom Frieden redeten, während sie Haß und Mißtrauen gegen den Westen aufrührten.

Januar 1956: Die sowjetischen Vertreter in den Vereinten Nationen nahmen offen eine pro-arabische und anti-israelitische Haltung ein.

Januar: Bulganin bietet Lateinamerika Handel und Hilfe an.

Januar-Februar: Bulganin bietet Präsident Eisenhower einen „Friedensvertrag“ an.

Fünf Monate später war Stalin tot, aber seine Nachfolger haben sich den Weg zum „friedlichen Koexistenz“-Grundsatz in der Außenpolitik gebahnt. Der Weg war gepflastert mit Beteuerungen, die Absichten der Sowjets seien friedlich, mit ständigen Bemühungen, den Westen als kriegslüsternd und imperialistisch zu zeigen, mit einem Werbefeldzug in den unterentwickelten Ländern, mit Versuchen, die unterentwickelten Länder durch Schmeicheleien, Verführungskünste und Handel und Hilfe zu gewinnen und mit Bemühungen, den Westen zu teilen und zu schwächen und ihm Schwierigkeiten zu bereiten.

Februar: Bulganin bietet Pakistan Handel und Hilfe an unter der Bedingung, daß es aus dem Militärpakt mit dem Westen ausscheidet.

Februar: Sowjetrussische Annäherung an die Türkei.

Seit 1953 hat die Sowjetunion ständig versucht, politische Vorteile aus Verhandlungen über überschüssige Güter, wie z. B. über den burmesischen Reis und die pakistanische Jute zu erlangen.

Chruschtschow und die anderen sowjetischen Führer bestätigten in ihren Reden auf dem 20. kommunistischen Parteikongreß im Februar dieses Jahres die 1952 geplante Strategie der „friedlichen Koexistenz“ der Sowjetunion und glichen sie den Erfordernissen der heutigen Zeit an. Während der 19. Parteikongreß unter dem Zeichen der Veränderung stand, stand der 20. Kongreß unter dem Zeichen der Kontinuität.

Die Kongreßreden drehten sich ununterbrochen um das Thema, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten „Friedens“-Nationen seien. Um die Idee der „friedlichen Koexistenz“ zwischen den kommunistischen und „imperialistischen“ Ländern besonders hervorzuheben, wurden andere Konfliktmöglichkeiten bagatellisiert. Kriege zwischen den „imperialistischen“ Nationen selbst werden nicht mehr für unvermeidbar gehalten, da der Imperialismus durch die Völker, die noch einen kolonialen Status haben, beseitigt werden kann — mit Hilfe der Sowjetunion natürlich. Die Kommunisten brauchen keine Bürgerkriege mehr, um zur Macht zu kommen. Sie können auf parlamentarischem Wege zum Ziele gelangen — wobei sie an ein Wiederaufleben der „Volksfront“-Strategie der dreißiger und der ersten Nachkriegsjahre denken. In diesen beiden Punkten vollendeten Chruschtschow und seine Genossen die Revision des Marxistisch-Leninistischen Dogmas, die Stalin begonnen hatte.

Daneben wurden auf der Konferenz die Themen „Freundschaft“ und „Handel“ behandelt. Ein großer Teil der Reden Chruschtschows enthielt Freundschafts- und Handelsangebote an eigentlich alle Länder. Wir in Amerika kennen die Fallen, die in diesen Freundschafts- und Handelsangeboten verborgen sind, gerade so wie wir wissen, daß die Friedensbeteuerungen nur taktische Manöver sind. Sie sind kein Ausdruck

einer grundsätzlichen Änderung der kommunistischen Weltherrschaftsziele. Aber es wäre außerordentlich töricht zu glauben, daß diese sanften Appelle keine starke Anziehungskraft auf Völker ausüben, die der Kriege, Spannungen und Rüstungslasten müde sind und nach einem höheren Lebensstandard hungern, den ein größeres Handels- und Wirtschaftsvolumen nun einmal verspricht.

Es ist eine Ironie, daß der gleiche 20. Kongreß, auf dem gerade die dogmatischen und taktischen Punkte noch einmal betont wurden, die Stalin selbst vor drei Jahren vorgebracht hatte, gleichzeitig dazu benutzt wurde, die Zerstörung der Person Stalins fortzusetzen — ein Unterfangen, das seine Nachfolger mit überraschender Schnelligkeit nach seinem Tode begonnen hatten. Es wurden ihm auch Verfehlungen vorgeworfen, die er selbst auf dem 19. Parteikongreß vorgeworfen hatte, und die neuen Führer billigten ihm nicht die Spur eines Anteils an den sich vollziehenden Veränderungen zu.

Durch die Verwerfung Stalins wird die neue politische Linie für jeden im Auslande annehmbarer. Die neuen Führer können dadurch viel freier agieren — und viel gefährlicher.

☆

Die Regierung Eisenhowers übernahm die Amtsführung im Januar 1953, gerade als die Veränderung in der sowjetischen Strategie begonnen hatte. Während der letzten drei Jahre ist öffentlich immer wieder auf diese Veränderung hingewiesen worden. Sie ist ihrem Wesen nach analysiert und die Regierung aufgefordert worden, etwas zu unternehmen, um ihr zu begegnen. Doch die Regierung in Washington hat drei Jahre lang nichts Wesentliches unternommen, um die sowjetische Offensive aufzuhalten oder den Kongreß oder die Öffentlichkeit über ihr Wesen und die ihr innewohnenden Gefahren aufzuklären. Erst am 12. Januar 1956 hat Außenminister Dulles angesichts des ungehinderten sowjetischen Vorstoßes, der uns um die Ohren wirbelte, öffentlich zugegeben, daß wir uns auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Förderung der unterentwickelten Länder in einem „bitteren Konkurrenzkampf“ befinden. Er erklärte, daß eine Niederlage in diesem Kampfe eine Katastrophe sein und „wir diesen Wirtschaftskampf verlieren würden, wenn nicht das ganze Land die volle Tragweite begreifen würde“.

Da der Kampf tatsächlich schon vor drei Jahren eingesetzt hat, muß man sich fragen, wer eigentlich geschlafen hat. Selbst jetzt, Wochen nach dem von Dulles verspätet geblasenen Weckruf, gibt es nur geringe Anzeichen für entsprechende Maßnahmen seinerseits, um der Gefahr zu begegnen. Dies hätte man voraussagen können. Der tiefe Riß, der durch die Führung der Republikanischen Partei geht, und die Unfähigkeit eines ihrer Flügel, die Realitäten des 20. Jahrhunderts anzuerkennen, machen es dieser Partei schwer, eine Außenhandelspolitik zu treiben oder zu unterstützen, die die lebenswichtigen Interessen Amerikas in der Welt ausreichend schützt.

Selbstverständlich hat unser Land auf wirtschaftlichem Gebiet große potentielle Vorteile. Und selbstverständlich trägt die Regierung die Verantwortung dafür, daß unsere einzigartige Leistungsfähigkeit und unsere Hilfsquellen dazu verwendet werden, um Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft der freien Welt zu beschleunigen. Bedauerlicherweise hat die Regierung nichts unternommen, und dem Kreml wurde die Initiative überlassen. Der Präsident hat gelegentlich feierliche Erklärungen über unsere wirtschaftliche Verantwortung gegenüber der Welt abgegeben, aber die leeren Seiten im Tätigkeitsbericht seiner Regierung fallen mehr ins Gewicht.

Es wäre noch nicht so schlimm, wenn sich die Regierung angesichts der sowjetischen Angriffe nur auf Tatenlosigkeit beschränkt hätte. Bedauerlicherweise müssen wir aber eine Unzahl von Regierungserklärungen und -maßnahmen zu nichtwirtschaftlichen Fragen, die in den letzten drei Jahren gemacht worden sind, mit in Betracht ziehen. Das mildeste, was man dazu sagen kann, ist, daß sie unwissentlich die neue sowjetische Offensive außerordentlich erleichtert haben. Es ist ermüdend, eine Gesamtübersicht über alle politischen Schlagworte und die anderen unglückseligen Bemerkungen von Dulles zu geben. Ich würde es lassen, wenn sie nicht zu meinem Thema gehören würden.

Für den Erfolg der sowjetischen Offensive ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Völker Asiens und anderswo davon überzeugt sind, daß einerseits die Sowjets friedliche Absichten haben und andererseits die Vereinigten Staaten militaristisch und rücksichtslos sind, kolonialen Besitz gutheißen und anderen Völkern nur helfen, weil sie ihre Unterstützung in einem neuen Krieg haben möchten, ein Krieg, in dem wir die Welt mit Atomkrieg überziehen würden.

Hinzu kommt dann noch die psychologische Wirkung von Schlagworten, wie „Tschiang-Kaischek loslassen“, „erschreckende Neuorientierung“, „massive Vergeltung“ und „am Rande eines Krieges“. Nach Berichten kompetenter Beobachter sind die Wirkungen in Asien verheerend gewesen. In einer öffentlichen Meinungsumfrage im indischen Westbengalen haben 31 % der befragten Personen erklärt, sie glaubten, daß die Vereinigten Staaten einen Aggressionskrieg

vorbereiteten. Nur 2 % hatten Angst vor der Sowjetunion. Ob die Umfrage die Situation nun übertreibt oder nicht, so besteht doch kein Zweifel, daß selbst unsere besten Freunde in Asien an unseren Absichten irre zu werden beginnen und von dem Bild, das sie von uns haben, angewidert sind.

Drei Jahre lang, in denen die Sowjetunion die Themen: „Friedliche Koexistenz“, „Handel“ und „wirtschaftliche Entwicklung“ kultiviert hat, ist Dulles im blendenden Lichte der Öffentlichkeit in der Welt herumgefliegen, hat Verhandlungen über Militärbündnisse geführt und bemerkenswert wenig Interesse für die Förderung jenes wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts gezeigt, der für die politische Stabilität, von der die Bündnisse abhängen, wesentlich ist. Zwei Drittel unserer Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder ist für die direkte Unterstützung militärischer Programme in Südkorea, Indochina und Formosa verwendet worden, wobei wenig für andere Länder übriggeblieben ist. Anfang dieses Jahres hat unser Botschafter in Pakistan in einer öffentlichen Rede dort durchblicken lassen, daß die Vereinigten Staaten geringes Interesse an einer Hilfe für jene Länder hätten, die mit uns keine militärischen Bündnisse schließen. Er wurde vom Außenministerium nicht abgerufen, ja, sogar noch nicht einmal zurechtgewiesen.

Weiter. Selbst als Bulganin und Chruschtschow in Indien umherreisten und unserem Lande vorwarfen, imperialistisch zu sein und Kolonien gutzuheißen, gab Dulles freiwillig eine Erklärung ab, in der er unser Land mit dem portugiesischen Kolonialismus in Goa, eine kleine Enklave an der Westküste Indiens, in Verbindung brachte. Diese vorsätzliche und unnötige Verletzung Indiens an einer besonders empfindlichen Stelle wird so bald nicht vergessen werden. Der Korrespondent der New York Times in Indien sagte rundheraus, daß die Erklärung von Dulles „Wort für Wort den Vereinigten Staaten so viel Schaden zugefügt hat wie nur je eine Erklärung“.

Es hat in den letzten drei Jahren oft den Anschein gehabt, als ob Dulles dazu ausersehen gewesen sei, den Asiaten genau das zu beweisen, was die Russen uns anzudichten versucht haben.

Die künstliche Nebelwand von Genf

Es blieb jedoch Präsident Eisenhower selbst vorbehalten, unwissentlich aber kräftig das zu unterstützen, was die Russen drei Jahre lang sich selbst anzudichten versucht haben: nämlich, daß sie friedliche Absichten haben. Der Präsident brachte zu der berühmten Gipfelkonferenz in Genf, die im vergangenen Juli stattfand, sein enormes Prestige mit, und alle Augen der Welt konzentrierten sich auf jedes seiner Worte und auf jede seiner Gesten.

Zweifellos war es richtig, daß er nach Genf ging, um mit den Russen zu verhandeln. Aber es war von größter Bedeutung, daß er keinen Fehler machte.

Die Russen gingen nach Genf und sagten, sie erstrebten „ein Nachlassen der Spannungen“. Während einer einzigen Woche wurde der Welt der Eindruck vermittelt, daß der Kalte Krieg vorüber und eine neue Ära des Friedens angebrochen sei, obgleich über keine der lebenswichtigen Fragen ein Übereinkommen erreicht worden war. Der Präsident gab den vollen Beweis seines persönlichen Vertrauens in die Führer des Kremls und ging sogar so weit zu behaupten, daß der Friedenswille der Russen nicht geringer sei als der des Westens. Die Schlagzeilen flogen um die Welt. Nach seiner Rückkehr sprach der Präsident mit einigen Einschränkungen über

„den Funken, der in Genf entzündet worden sei“ und „über die ausgezeichneten Möglichkeiten in der Zukunft“.

Sofort ließen die Spannungen in der ganzen Welt und damit gleichzeitig die Bemühungen nach, eine Front der Stärke und Einheit gegen die kommunistische Bedrohung aufzubauen, was die Russen ja gerade erstrebt hatten. In Europa und Asien wurden die Positionen der Neutralisten und Pro-Kommunisten bestätigt und gestärkt. Die freie Welt war psychologisch entwaffnet worden. Es ist klar, daß der „Geist von Genf“ eine künstliche Nebelwand war, hinter der die Russen einen großen Durchbruch vollzogen haben. Innerhalb von drei Wochen ist

Die Ausdehnung der kommunistischen Kontrolle

Schon seit langem habe ich die Überzeugung vertreten, daß der Kreml keinen großen Krieg möchte, in den er verwickelt würde. Aber die Behauptung, sie wollen „Frieden“, hieße den Sinn dieses Wortes „Frieden“ entstellen. Die Männer im Kreml haben deutlich zu verstehen gegeben, daß es ihr Ziel ist, Feindschaft, Hader und selbst Krieg unter den anderen Nationen aufzuführen, den Nordatlantikkpakt aufzubrechen und mittels wirtschaftlicher und politischer Manöver, Propaganda und vorsätzlicher Unruhestiftung die kommunistische Herrschaft über die ganze Welt auszudehnen. Das ist kein Frieden.

Doch hat der Präsident im vergangenen Januar in seinen Ausführungen über notwendige Maßnahmen in der „Botschaft über die Lage der Nation“ die Versicherung abgegeben, daß sich „unser Land im Frieden“ befindet. Wenn wir uns die Weltlage und die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und psychologische Offensive der Sowjets ansehen, dann sind wir gezwungen, ihm zu widersprechen.

Die Schlußfolgerung ist unausweichlich, daß unsere führenden Persönlichkeiten nicht die gefährliche Natur des sowjetischen Angriffs verstanden haben. Erst wenn sie sie begriffen haben, kann mit Gegenmaßnahmen begonnen werden. Es ist ebenso wichtig, daß sie dem amerikanischen Volk die Lage hinreichend und sorgfältig erklären, um den notwendigen Widerhall zu finden und Unterstützung zu erlangen. Der Präsident ist kraft seines Amtes die einzige Person im Lande, der das Prestige und die moralische Autorität hat, dies zu tun. Präsident Eisenhower hat in dieser Hinsicht vor seiner unglückseligen Krankheit wenig und seitdem noch weniger getan.

☆

Der sowjetische Angriff ist weit mehr als nur ein bitterer Wirtschaftskampf, den Dulles verspätet zugegeben hat. Es ist ein Angriff auf unser grundsätzliches Verhalten gegenüber unterentwickelten Völkern. Es ist in erster Linie ein politischer Angriff. Er bedient sich psychologischer und wirtschaftlicher Waffen. Es handelt sich um eines der schwierigsten Probleme, mit dem sich unser Land je hat befassen müssen, weil unsere politische Moral im Grunde mit angegriffen wird.

Bundeskanzler Adenauer dazu gebracht worden, einen sowjetischen Botschafter in Bonn zuzulassen, ohne irgendeine Zusage hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung zu erhalten. Innerhalb sechs Wochen haben sich die Russen in den Mittleren Osten hineingedrängt. Innerhalb vier Monaten sind Bulganin und Chruschtschow in Indien, Burma und Afghanistan als Verkünder des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung gepriesen worden. Jetzt versucht der Kreml Vorteil aus Propagandaangeboten von Friedensverträgen an Präsident Eisenhower zu schlagen, deren durchaus gerechtfertigte Ablehnung die Russen als ein weiteres Propagandamittel gegen uns benutzen.

Man muß sich immer wieder die Tatsache vor Augen halten, daß die große Tradition unseres Volkes, seine Großherzigkeit, sein Feingefühl und seine Rücksichtnahme auf die Gefühle und die Bedürfnisse anderer, sein Festhalten am Grundsatz der Selbstbestimmung, seine tiefe Friedensliebe der Welt draußen einfach nicht zur Kenntnis gebracht werden. Im Gegenteil, nach den Beweisen zu urteilen, denn abgesehen von der Wertschätzung und Zuneigung, die dem Präsidenten vielleicht persönlich entgegengebracht werden mögen, wird durch die amerikanische Regierung in einem großen Teil der Welt der Eindruck hervorgerufen, als sei Amerika egoistisch, arrogant, gleichgültig gegenüber anderen, prokolonialistisch und rücksichtslos militaristisch.

Es ist tief bedauerlich, daß dies die Wahrheit ist. Es ist nicht nur traurig, sondern äußerst be-

unruhigend. Daran schuld ist allein die Tatsache, daß die Entscheidungen, Maßnahmen, Erklärungen und Unterredungen, aus denen sich die Führung der Außenpolitik zusammensetzt, ständig nur von einem Tag zum anderen beschlossen werden. Man kann dieses alles nicht mehr länger als russische Propaganda abtun. Das Verwirrende an dieser Situation ist, daß sie nicht von jenen in Ordnung gebracht werden kann, die dafür verantwortlich sind, denn sie ist ein Spiegelbild ihrer selbst.

Die Ironie der Situation ist, daß Präsident Eisenhower so oft und, wie ich glaube, durchaus überzeugt, von der Bedeutung der moralischen Stärke gesprochen hat. Aber moralische Stärke in der Außenpolitik ist zwecklos, wenn sie nicht in Form von Maßnahmen und Programmen, Verhalten und Politik auf andere Völker ausstrahlt, die wir als Freunde und Verbündete haben möchten. Wir haben gegenwärtig keinen echten Kontakt mehr mit den kürzlich unabhängig gewordenen und aufstrebenden Völkern.

Und wir werden ihn erst dann haben, wenn wir uns selbst wieder mit dem Anti-Kolonialismus und nicht mehr mit dem Kolonialismus, mit dem Frieden und nicht mehr mit dem rücksichtslosen Gebrauch unserer großen Macht, mit echter Achtung vor der nationalen Würde aller Völker und nicht mehr mit der Arroganz, mit der Beständigkeit in Wort und Tat und nicht mehr mit der Impulsivität, und mit einem festen Programm identifiziert haben, das der Ausweitung des Weltwirtschaftsvolumens dienen und jedem Lande helfen soll, sich vom wirtschaftlichen Kolonialismus zu befreien und seinen Bewohnern bessere Lebensaussichten zu sichern.

Rußlands Wirtschaftsoffensive

Beim wirtschaftlichen Aufbau unterentwickelter Länder laufen wir würde- und nutzlos hinter den Russen her und versuchen, ihre Asse zu stechen. Das ist eine schlechte Wirtschaftspolitik und eine erfolglose Diplomatie. Keine Summe, die für Auslandshilfe ausgegeben wird, gewinnt allein uns schon die Zuneigung derjenigen, die wir als Freunde und Verbündete haben möchten, oder gebietet der gegenwärtigen sowjetischen Offensive Einhalt. Wir müssen aufhören, die Wirtschaftshilfe als ein kurzfristiges politisches Instrument zu betrachten, das ein militärisches quid pro quo erfordert. Der Fortschritt der unterentwickelten Gebiete und die Darlehen, Unterstützungen und die technische Hilfe, die zu diesem Fortschritt beitragen, sind an sich schon gut und nützlich und für die Ausweitung unserer eigenen Wirtschaft wirklich wichtig.

Wir müssen uns klar sein, daß die staatliche Kontrolle über Binnenwirtschaft und Außenhandel der Sowjetunion eine außerordentliche Handlungsfreiheit gibt. Sie kann burmesische Reisüberschüsse aus politischen Gründen kaufen. Sie kann ägyptische Baumwolle kaufen und nötigenfalls ihre eigene Produktion drosseln und das Land für andere Zwecke gebrauchen. Es ist jedoch kein Grund vorhanden, hinsichtlich der

Wirtschaftsoffensive defaitistisch zu sein — vorausgesetzt wir sehen ihr klar ins Gesicht und ergreifen wirksame Maßnahmen.

Wir brauchen dringend eine neue Einstellung Amerikas — tatsächlich der freien Welt — zum Problem der wirtschaftlichen Ausweitung. Das Haupthindernis, das sich einer Ausweitung der Weltwirtschaft entgegenstellt, ist die Knappheit an langfristigen Darlehen und Kapitalanlagen zu niedrigen Zinsen für unterentwickelte Länder. Der Kapitalbedarf der unterentwickelten Gebiete wird in einer Aufstellung des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung auf 500 Millionen bis 1,5 Milliarden Dollar jährlich über das hinaus geschätzt, was den Ländern jetzt zur Verfügung steht. Dieses Kapital ist notwendig, um die Bewässerungsanlagen, Kraftwerke, Transportmittel und andere Anlagen zu bauen, die für die landwirtschaftliche, bergbauliche und industrielle Entwicklung notwendig sind. Es wird auch zur Errichtung von Industrieanlagen benötigt. Es darf angenommen werden, daß sich bei entsprechender Förderung in steigendem Maße privates Kapital beteiligen wird, sobald die grundlegenden Anlagen und Einrichtungen mit öffentlichen Geldern geschaffen worden sind und Fortschritte in der industriellen Entwick-

lung erzielt werden. Aber unter den derzeitigen Umständen kann das private Kapital weder die erste Initiative ergreifen noch die ganze Aufgabe bewältigen.

Es gibt noch einen anderen und wichtigen Grund, warum die Lösung im Rahmen der ganzen freien Welt gefunden werden muß. Die Hauptindustrieländer Westeuropas und Japan haben in ihrer normalen Handels- und Zahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten ein dauerndes Defizit zu verzeichnen. Sie kaufen von uns mehr als sie uns verkaufen — eine Lücke, die seit Kriegsende durch die Marshallplan- und Militärhilfe und die militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten im Auslande gedeckt worden ist. Die außerordentliche Unterstützung Europas mit amerikanischen Dollars ist gegenwärtig eine durchaus einleisige Maßnahme (wenn auch aus militärischen Gründen notwendig), weil sie keinen Weg aufzeigt, wie man den grundsätzlichen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft abhelfen könnte.

Ein neues internationales Kreditinstitut

Die Errichtung eines neuartigen internationalen Kreditinstitutes ist eine Maßnahme, die ergriffen werden muß — ein Institut, das zwar organisatorisch der Weltbank ähnelt, aber eine größere Elastizität aufweisen sollte, um unterentwickelten Ländern zu helfen, vereinbarte Aufbaupläne und -programme durchzuführen. Ein derartiges Institut könnte sehr wohl auch Bestrebungen auf regionaler Basis, wie z. B. den Colombo-Plan, unterstützen. Es sollte dafür gesorgt werden, daß die Zinsen für die Anleihen in

Gleichzeitig entspricht die Zunahme des Handels zwischen Westeuropa und Japan einerseits und den unterentwickelten Ländern andererseits nicht der allseitigen Notwendigkeit. Die natürlichen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung sind da, aber diese hängt von einer viel stärkeren Kapitalinvestierung in den unterentwickelten Gebieten ab, als Westeuropa und Japan aufbringen können.

Es muß unser Ziel sein, Produktionskapazität und Kapital der Vereinigten Staaten, Westeuropas und Japans mit den Hilfsquellen und Anstrengungen der weniger entwickelten Länder zum gegenseitigen Nutzen wirkungsvoller miteinander zu verkoppeln.

Hier ist eine Gelegenheit für die Vereinigten Staaten, ein neues, kühnes Programm in die Wege zu leiten. Dieses Programm könnte die Weltmeinung begeistern und die Energien der beteiligten Länder mobilisieren wie 1947 der Marshall-Plan. Es kann dazu beitragen, das dramatische Versprechen des Punkt Vier-Programms zu erfüllen.

örtlicher Währung oder in Devisen gezahlt werden können, die dem betreffenden Lande zur Verfügung stehen. Sowohl unsere Regierung wie auch die kapitalbedürftigen Länder sollten private Investitionen bewußt ermutigen. Im allgemeinen sollte dazu übergegangen werden, nicht mehr zweiseitige, sondern mehrseitige Abkommen abzuschließen.

Wir hätten alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, wenn wir die Sowjetunion aufforder-

ten, sich in dem Maße an diesem Kreditinstitut zu beteiligen, wie sie zur Mitarbeit bereit ist. Wenn sich die Sowjetunion beteiligt, dann würde sie daraus keine besonderen politischen Vorteile ziehen können. Beteiligt sie sich nicht, dann würden die Hintergründe der sowjetischen Versprechen und Angebote deutlich offenbar.

Von einer amerikanischen Führung und Aktivität in einem weltwirtschaftlichen Entwicklungsprogramm würde ein mächtiger psychologischer Impuls ausgehen. Das amerikanische Verantwortungsgefühl und die amerikanische Sorge für das Wohlergehen aller Völker würde sich diesen automatisch einprägen. Es würde der greifbare Beweis erbracht werden, daß wir imstande sind, nicht nur an unsere eigenen engen Interessen, sondern auch an die Bedürfnisse, Wünsche und Ziele der anderen zu denken. Wenn diese Maßnahmen von einem entsprechenden Informationsprogramm zur Unterrichtung über unseren Standpunkt und von einer feinfühligem, verständnisvollen Diplomatie begleitet würden, dann sollte sich die psychologische Situation, die gegenwärtig der Sowjetunion so leichte Siege ermöglicht, merklich ändern.

Die freie Welt mit ihren riesigen moralischen und materiellen Reserven darf angesichts des sowjetischen Angriffes nicht in der Defensive verharren. Schöpferische Gedanken und einfallsreiche Maßnahmen unsererseits können den wirtschaftlichen und psychologischen Vorstoß der Sowjets auffangen und zurückwerfen. Diese Gedanken und Maßnahmen müssen weltweites Ausmaß haben und dem entsprechen, was auf dem Spiele steht — nämlich unser Leben in Freiheit.

CHESTER VERME EASUM

Die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten

Im November dieses Jahres wird das Volk der Vereinigten Staaten zum dreihundvierzigstenmal in hundertachtundsechzig Jahren einen Präsidenten wählen. Dies wird, wie immer, ein friedlicher Vorgang sein; aber die ruhige Monotonie des Friedens wird durch heftige Auseinandersetzungen über die Wahl des Kandidaten — oder die Wahl eines demokratischen Kandidaten — unterbrochen werden, die sich auch auf die mit dieser Wahl verbundenen nationalpolitischen Fragen erstrecken. Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten wird in ihren Grundzügen vom Ausgang der Wahl nicht ernstlich berührt; auch wird sie im Wahlkampf kaum diskutiert werden. Trotz aller Versuche, die Diskussion auf politische Fragen zu lenken, wird sich das Interesse auf die Personen der Kandidaten konzentrieren; und die Gesundheit des Präsidenten wird unvermeidlich zu einer Angelegenheit von nationalem Interesse, wenn Mr. Eisenhower kandidiert, was nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge sehr wahrscheinlich ist.

Wie konnte also die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten — eine alle vier Jahre wiederkehrende politische Erscheinung — zu einer so bedeutsamen Angelegenheit werden? Und warum ist, abgesehen von wohlwollendem Interesse und humanitären Belangen, der Zustand des Herzens oder der Arterien eines Mannes zur Zeit der Gegenstand allgemeiner Besorgnis?

Um die zweite Frage zuerst zu beantworten: die Präsidentschaft bürdet dem Präsidenten eine schwere Verantwortung auf, die eine ununterbrochene Erfüllung der schwierigen Pflichten seines hohen Amtes erfordert, sowie seine konstante Verfügbarkeit und Fähigkeit, dringende Entscheidungen zu treffen. Er kann von seinen Amtsräumen abwesend sein; ob er aber vor der Küste von Florida oder in einem Forellenbach von Wisconsin oder Colorado fischt, ob er beim Golfspiel die nötige Erholung sucht oder sich einfach irgendwo an einem Berghang sonnt, der Präsident ist nie von seiner Verantwortung befreit, nie von der Präsidentschaft beurlaubt. Nur starke Gemüter können diese konstante Belastung aushalten. Seelische Eignung ist die erste wesentliche Voraussetzung; aber auch gute körperliche Form ist notwendig, da so viel von der Leistungsfähigkeit des Betreffenden abhängt. Er muß in guter Verfassung sein, um seine Macht ausüben und seine Amtspflichten erfüllen zu können.

Die Verfassung sieht vor, daß der Vizepräsident Präsident werden soll, wenn der Präsident

während seiner Amtszeit stirbt, und daß er die Befugnisse des Präsidenten ausüben soll, wenn der letztere wegen Unfähigkeit dazu nicht imstande ist; sie definiert diese Unfähigkeit jedoch nicht, noch sagt sie, wie lange der Zustand der Unfähigkeit andauern soll, bevor die betreffende Bestimmung herangezogen wird, oder wer entscheiden soll, wann eine solche Un-

fähigkeit besteht oder zu bestehen aufhört. Die Amerikaner dürfen wohl annehmen, daß diese Fragen, wenn nötig, angemessen und in ordentlichem Verfahren geregelt werden; während des Präsidentenwahlkampfes wäre es ihnen jedoch lieber, solche Probleme nicht behandeln zu müssen.

Die Rolle des Vizepräsidenten

Im Hinblick auf Präsident Eisenhowers Erkrankung im vergangenen Jahr gewinnt die Wahl des Vizepräsidenten neue Bedeutung. Der Vizepräsident muß stets als potentieller Präsident angesehen werden. Dreimal haben im zwanzigsten Jahrhundert — um nicht weiter zurückzugehen — Vizepräsidenten die Präsidentschaft von ihrem im Amt verstorbenen Präsidenten übernommen: Theodore Roosevelt nach der Ermordung Präsident McKinleys, Calvin Coolidge nach dem Tod Präsident Hardings und Harry Truman nach dem Ableben Präsident Franklin Roosevelts. Vizepräsident Thomas Marshall stand während der leider längere Zeit dauernden Unfähigkeit Präsident Woodrow Wilsons aus Loyalität davon ab, die Befugnisse der Präsidentschaft auszuüben, was eine teilweise Lähmung der Regierung zur Folge hatte, und dies zu einer besonders kritischen Zeit, als der Vertrag von Versailles und der Völkerbund überragende Bedeutung erlangten.

Der jetzige Vizepräsident Mr. Nixon bewies während der eingangs erwähnten Erkrankung des Präsidenten, daß er sich der Verantwortung und der Grenzen seiner Stellung bewußt ist. Er hat sich aufrichtig und aktiv für die Politik des Präsidenten eingesetzt. Die Beziehung zwischen Präsident und Vizepräsident ist geschichtlich nicht so genau festgelegt und oft ungünstig beurteilt worden. Die Verfassung erkennt den Vizepräsidenten als potentiellen Präsidenten an, indem sie bestimmt, daß niemand als Vizepräsident nominiert werden darf, der nicht als Präsident wählbar wäre. Sie legte jedoch erst nach der Annahme des XII. Zusatzes fest, daß Präsident und Vizepräsident getrennt nominiert werden sollten. In den ersten Wahlen wurde derjenige Kandidat Vizepräsident, der die zweithöchste Stimmenzahl für die Präsidentschaft erhielt.

Daraus hätte eine unglückliche Situation entstehen können, wenn Präsident und Vizepräsi-

dent als gegnerische Kandidaten in der soeben vollzogenen Wahl gegensätzliche Parteien und politische Richtungen vertreten hätten; aber vor 1800 spielten die politischen Parteien auf nationaler Ebene bei den Wahlen keine besondere Rolle. Der erste Vizepräsident, John Adams, hielt die Stellung für unbedeutend, unerfreulich und unter seiner Würde. Aus so trivialen Gründen hätte sich jedoch kein Mitglied der Adams-Familie einer öffentlichen Verantwortung entzogen oder ein Amt zurückgewiesen; so nahm Mr. Adams die Vizepräsidentschaft an; er hätte aber mehr daraus machen können als er tatsächlich tat. Präsident Washington hatte ihn wahrscheinlich zur Teilnahme an den Kabinettsitzungen eingeladen, da er stets darauf achtete, die Meinung seiner verfassungsmäßigen Berater einzuholen. Dies hätte wahrscheinlich einen Präzedenzfall geschaffen, wie ja Washington mit allem, was er als Präsident tat, unvermeidlich und bewußt Präzedenzfälle schuf; aber Mr. Adams tat nicht mit; und erst seit kurzem wird der Vizepräsident regelmäßig eingeladen, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen. Er selbst präsidiert jetzt über ein „kleines Kabinett“ höherer Ministerialbeamter.

Nachdem er zweimal als Vizepräsident amtiert hatte, wurde John Adams zum Präsidenten gewählt, nach Ablauf seiner Amtszeit aber nicht wiedergewählt. Im allgemeinen wurde die Vizepräsidentschaft nicht als Zugang zur Präsidentschaft angesehen, außer wenn ein Präsident im Amt gestorben war; und nur drei Präsidenten (Theodore Roosevelt, Coolidge und Truman), die auf diese Weise ins Amt gekommen waren, wurden später auch gewählt, um so ihre eigene Nachfolge anzutreten. Franklin D. Roosevelt, der später als einziger mehr als zweimal zum Präsidenten gewählt werden sollte, wurde 1920 als Kandidat für die Vizepräsidentschaft geschlagen.

George Washington, der erste Präsident

Darf ich nun auf die Frage zurückkommen, wieso die Stellung des Präsidenten so große Bedeutung erlangt hat? Wie jede vergleichbare prominente Stellung ist sie das, was die Verfassung und eine lange Reihe von Präsidenten aus ihr gemacht haben. Der bedeutendste unter diesen Präsidenten war der erste. George Washington gab dieser Stellung die Würde seiner imposanten Persönlichkeit. Niemand in Amerika war der allgemeinen Achtung so würdig, und keiner besaß größeres Ansehen als er.

Washington hat im Lauf der Jahre noch an Größe gewonnen, und seine Gestalt erscheint in der historischen Perspektive immer gewaltiger. Dies ist, glaube ich, nicht das Werk eines Heldenkults der Historiker. Unsere Historiker sind eher Bilderstürmer als Götzendiener. Sie haben Washingtons Arbeit für den Frieden und die Stabilität seiner Nation in den acht Jahren seiner Präsidentschaft schärfer kritisiert als seine militärische Führung im Unabhängigkeitskrieg. Sein Andenken jedoch, wie sein Charakter, gebietet Achtung; und beim Bau der Fundamente für die Bundesregierung hat er wesentliche und solide Arbeit geleistet.

Die Verfassung machte den Präsidenten zum Haupt der Exekutive. Washington war ein geborener Verwaltungsmann mit lebenslanger Erfahrung auf verantwortlichen Posten in Krieg und Frieden. Bei der Bewirtschaftung seiner großen Pflanzung, in seinen Landerwerbs- und Handelsinteressen und als Heerführer hatte er seine außergewöhnliche Befähigung zur Leitung großer Unternehmen erwiesen. Er scheute keine Mühe und betrieb seine Vorhaben mit unendlicher Sorgfalt. Zwar besaß er nicht den schöpferischen Genius Hamiltons oder die klassische Bildung, literarische Gewandtheit und Befähigung zur politischen Theorie und Dialektik eines Jefferson oder Madison. Er hatte nicht den umfassenden Geist Franklins, und in einer Aufzählung der Gelehrten seiner Zeit hätte er einen bescheidenen Platz eingenommen. Aber in gesundem Urteil und Führerbegabung übertraf er alle. Wo er saß, war immer „oben am Tisch“.

Nur ein Washington konnte sich die Dienste Alexander Hamiltons (als Finanzminister) und Thomas Jeffersons (als Außenminister) im gleichen Kabinett sichern. Persönlich waren die beiden ganz verschieden und vertrugen sich nicht miteinander; in ihren politischen Konzeptionen waren sie erbitterte Feinde, und an glänzendem Geist überragten beide ihren Chef bei weitem; aber er war ihr Chef, und sie bedurften seiner, um ihre Ideen politisch wirksam zu machen.

Washington unterstützte Hamiltons Vorschlag, durch die vollständige Begleichung der inneren und äußeren Schulden einen nationalen Kredit zu begründen und die rückständigen Schulden der verschiedenen Staaten von der Bundesregierung übernehmen zu lassen. Washingtons Unterstützung ist es auch zu danken, daß nach einem anderen Vorschlag Hamiltons

eine Nationalbank und eine nationale Währung geschaffen wurden.

Washington sicherte die Vollmacht der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Durchführung der Gesetze dadurch, daß er ihre Stärke manifestierte. Er tat dies in imponierendem Maß und zu einem gut gewählten Zeitpunkt, so daß es nur der Demonstration der Stärke und Entschlossenheit der Regierung bedurfte, um einen heftigen Aufstand in West-Pennsylvanien zu unterdrücken, der sich gegen eine unpopuläre Verbrauchsteuer des Bundes richtete. Die Macht der neuen Bundesregierung innerhalb des Landes und ihr Prestige im Ausland beruhten in mancherlei Hinsicht erstens auf der Tatsache, daß Washington Präsident war, und zweitens auf den Richtlinien, die er bewußt und gewissenhaft festlegte. Dadurch wurde das Prestige des Präsidentenamtes fest begründet.

Die Verfassung sieht vor, daß der Präsident für die nationale Verteidigung verantwortlich und daher oberster Befehlshaber der Streitkräfte sein soll. Zu Washingtons Zeit fragte man sich, ob er persönlich im Feld kommandieren oder das Kommando auf jemanden übertragen würde, vielleicht auf den vielseitigen Hamilton, der seinen Mut bewiesen und bei Yorktown militärische Führeigenschaften gezeigt hatte. Tatsächlich besaß Washington nur den bescheidensten Militärapparat und keinen weiteren militärischen Ehrgeiz. Er war als Mann des Friedens nur an der Verteidigung der Grenzen und der Aufrechterhaltung der Ruhe interessiert.

Der Präsident ist für die Führung der auswärtigen Politik verantwortlich, wobei er gewissen Kontrollen seitens des Kongresses unterliegt. Er schließt Verträge „mit dem Rat und der Zustimmung“ des Senats, der sie ratifizieren muß, bevor sie in Kraft treten können. Es war nur natürlich, daß Washington annahm, er solle Rat und Zustimmung in der Form einholen, daß er einen Vertrag persönlich dem Senat vorlegte. Der Senat, ob nun durch seine Gegenwart eingeschüchtert oder unangenehm berührt, fand, er könne ohne ihn freier über einen Vertrag debattieren, und so zog er sich etwas verlegen zurück. Seitdem werden die bereits verhandelten Verträge dem Senat zur Ratifizierung, „Zustimmung“ genannt, vorgelegt, aber nicht vom Präsidenten persönlich.

Der erste Präsident erschien ebenfalls persönlich, um seine alljährlichen Botschaften vor dem Kongreß zu verlesen. Diese berichteten nicht nur „über den Stand der Union“, sondern brachten auch Empfehlungen für die Gesetzgebung. Die Mitglieder seines Kabinetts brachten ebenfalls Empfehlungen ein. Dies diente fortan als Richtschnur für die aktive Lenkung der Gesetzgebungspolitik seitens der Exekutive; jedoch war die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative nie so eng wie in Großbritannien oder anderen Ländern mit parlamentarischer Kabinettsregierung.

Washingtons Gepflogenheit, persönlich vor dem Kongreß zu erscheinen, wurde von Jefferson, dem dritten Präsidenten, eingestellt. Jefferson schrieb mit vollendeter Gewandtheit, aber als Redner war er nicht sehr glücklich und erzielte keine Wirkung. Erst 1913 nahm Woodrow Wilson diesen Brauch wieder auf. Er bewunderte das britische Kabinettsystem und glaubte, der Präsident müsse auch als parlamentarischer Führer fungieren. Dies brachte Präsident Franklin Roosevelts bekannte „Plaudereien am Kamin“ in jedes amerikanische Heim, das ein Radio besaß, und bringt jetzt den Präsidenten über das Fernsehen seinem Volk nahe.

Washington wird noch häufig in Uniform abgebildet, und das zu recht; denn man kann sich schwer vorstellen, wie der Unabhängigkeitskrieg ohne seine Führung hätte gewonnen werden können. Er legte die Uniform jedoch ab, als er auf seine Pflanzung zurückkehrte „wie Cincinnatus zu seinem Pflug“, und legte sie als Präsident nicht mehr an. Wäre dieser Krieg vermieden worden, hätte man sich Washington leicht als zivilen Führer einer erfolgreichen Bewegung zur Sicherung der amerikanischen Unabhängigkeit oder Gleichberechtigung mit friedlichen Mitteln vorstellen können. Zweifellos hätte kein anderer der Präsidentschaft so viel Macht und Prestige verliehen und dabei seine Vollmachten und Vorrechte selbstloser und weiser nützen können als er. Mit seiner Weigerung, das Amt ein drittes Mal zu übernehmen, schuf er absichtlich einen Präzedenzfall, von dem man bis 1940 nicht abging, und der jetzt durch einen Zusatz zur Verfassung erneut festgelegt wurde.

Washington stand als Präsident über den politischen Parteien (Dabei ist allerdings zu bemerken, daß politische Parteien im modernen Sinn zu seiner Zeit erst am Anfang ihrer Entwicklung standen.). Wie bereits gesagt, verfügte er in seinem Kabinett über die Dienste von Führern auseinanderstrebender Gruppen, Hamilton und Jefferson, wobei er sich die wirtschaftlichen Ansichten des einen und die auswärtige Politik des anderen zu eigen machte. Er selbst war weder pro- noch antibritisch, weder für noch gegen die Franzosen. „Die Nation“, sagte er, „die sich einen gewohnheitsmäßigen Haß oder eine gewohnheitsmäßige Vorliebe für eine andere gestattet, ist bis zu einem gewissen Grad versklavt“. Er tat, was er konnte, um sein Volk von solchen Bindungen zu befreien und es aus Dauerbündnissen und den sich logisch daraus ergebenden Verwicklungen herauszuhalten.

Washingtons Rat, keine Dauerbündnisse einzugehen, wird noch beherzigt. Seine noch nachdrücklichere Warnung vor erbittertem Parteigängertum war bald vergessen. Der Kampf zwischen den politischen Parteien um die Kontrolle der Regierung, ihrer Politik und der Präsidentschaft selbst erreichte den Höhepunkt im Jahre 1828 bei der Wahl eines „Mannes aus dem Volk“, Andrew Jackson.

„Die Regierungszeit Andrew Jacksons“

Jacksons Verwaltung während zweier Amtsperioden, 1829 bis 1837, wird oft die „Regierungszeit Andrew Jacksons“ genannt; und in der Oppositionspresse wurde er als König Andrew I. angeprangert. Wahrscheinlich hat kein anderer Präsident diesem Amt so stark das Siegel seiner Persönlichkeit aufgedrückt. Obgleich zart und ritterlich im Umgang mit Frauen, loyal, vertrauensvoll und großzügig gegen seine Freunde und in allen Dingen von gewissenhafter Ehrlichkeit, war Jackson ein Frontsoldat, ein alter Indianerkämpfer, ein Mann aus Eisen und Feuer von einer Wildheit des Willens, der kaum jemand zu widerstehen vermochte. Einer seiner Diener, den man nach Jacksons Tod fragte, ob er glaube, daß der General in den Himmel gekommen sei, soll erwidert haben: „Ich weiß nicht, Herr, aber ich bin sicher, daß er hineingekommen ist, wenn er es im Sinn hatte.“

Jackson war kein Demagoge, wenn bei ihm auch die Demokratie des Pioniers, des Bauern und Arbeiters zu ihrem Recht kam. Mit Ausnahme von John und John Quincy Adams, die, Vater und Sohn, als Rechtsanwälte und Staatsmänner in Massachusetts gewirkt hatten, waren alle früheren Präsidenten Herren aus Virginia gewesen. Hundert Jahre später war es Ohio, das sich „Mutter der Präsidenten“ nannte. Bis zu Jacksons Zeit wurden die wichtigen Regierungsstellen zum großen Teil von einer „herrschenden Klasse“ der Reichen, Wohlgeborenen und Fähigen besetzt. 1828 führte das Männerstimmrecht in den neuen Staaten westlich der ursprünglichen dreizehn zu einer Volksrevolution. Arm geboren und früh verwaist, war Jackson in dem neuen Staat Tennessee, wo er eine schöne, „The Hermitage“ (Die Einsiedelei) genannte Pflanzung besaß, aus kleinen Anfängen zur Größe aufgestiegen. Er verstand den Landhunger des Westens und seine Forderungen nach leicht erhältlichen Krediten und billigem Geld. Er sah mit den Augen und dachte mit dem Hirn des gemeinen Mannes, aber vor allem war er von dessen Gefühlen bewegt. Dies machte ihn mächtig, doch mißbrauchte er seine Macht nicht.

Kraft seiner Persönlichkeit erweiterte Jackson die Vollmachten der Präsidentschaft, besonders auf Kosten des Bundesjustizwesens. Einmal sagte er mit Bezug auf den höchsten Richter des Obersten Bundesgerichts: „John Marshall hat seine Entscheidung getroffen. Nun soll er sie auch durchführen.“ Hier definierte Jackson seine Pflichten eigenmächtig und stellte sich — was ich für unangebracht halte — über den Gerichtshof als Ausleger der Verfassung und der Gesetze. Das Oberste Bundesgericht kann seine Entscheidungen nicht selbst durchführen. Dies ist die Pflicht des Präsidenten. Bei ihrer Erfüllung mit Hilfe der erforderlichen Staats- oder Bundesgesetze muß er jedoch entscheiden, in welchem Fall Geduld dem Zwang und die schließliche gutwillige Annahme einer Entscheidung ihrer autoritären Durchführung vorzuziehen ist.

Jackson wandte zumindest in einem gewissen Ausmaß das auf Bundesebene an, was in den Staaten bereits als „Beutesystem“ örtlich bekannt war, das heißt, er belohnte seine politischen Parteigänger mit Regierungsämtern, um dadurch eine umfassende Parteiorganisation zusammenzuhalten. Er wankte jedoch niemals in seiner Entschlossenheit, den Staatenbund aufrechtzuhalten und die Bundesgesetze durchzuführen, auch nicht angesichts des sogenannten „Nullification Movement“ (Bewegung für Nichtigkeitserklärung) im Jahre 1832. Er war ein

Es war für Lincoln ein großes Unglück, Präsident einer entzweiten Nation zu sein, die er mit aller Macht zusammenzuhalten bestrebt war, obgleich er vor Jahren selbst gesagt hatte, daß „ein in sich uneiniges Haus nicht bestehen kann“ (a house divided against itself cannot stand). Für sein Volk war es ein großes Glück, daß es ihn in jener kritischen Zeit zum Präsidenten wählte, wengleich es ihm zu nahe stand, um seine Größe so zu ermessen, wie die Nachwelt es vermochte. Sein Tod war angesichts der noch nicht vollzogenen Wiedervereinigung ein nationales Unglück.

Lincoln bewahrte das Gefüge der Union fester als jeder andere. Und er hätte, wäre er am Leben geblieben, die Trennung besser als jeder andere in Geduld und vorausschauender Planung für die Zukunft überwinden können.

Als Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte hatte Lincoln die Beziehungen zwischen Zivil- und Militärbehörden zu regeln. Das Problem war doppelt kompliziert, weil das Land in einem Bürgerkrieg kämpfte, und weil die Frage des Wiederaufbaus „nach dem Endsieg“ ständig im Auge behalten werden mußte. Die militärische Strategie mußte der nationalen Politik dienen, und ein ziviler Präsident mit einem Minimum an militärischer Erfahrung mußte beide kontrollieren.

Ein wesentlicher Teil von Lincolns Genie war seine geistige Fähigkeit, die verwirrendsten Elemente einer komplizierten Lage zu erfassen und zu analysieren, sie dann auf die einfachsten Begriffe zurückzuführen und in so einfacher und klarer Sprache darzulegen, daß nur der Eigensinnige ihn mißverstehen konnte. Die Union mußte erhalten bleiben. Die menschliche Sklaverei mußte schließlich abgeschafft werden, doch mußte dies zunächst ein Ziel zweiter Ordnung, eher ein Mittel als ein Zweck bleiben. Sobald der Aufstand unterdrückt war, mußte man die Sezession als Fehler ansehen und die Staats- und Bundesautorität in den von Lincoln als „abtrünnige Gebiete“, nicht als „abgetrennte Staaten“ bezeichneten Gebieten wiederherstellen. Man durfte sie nicht als eroberte Provinzen behandeln. Die Führer des Aufstands mußten entmachtet werden; aber es sollte eine allgemeine

großer Nationalist und großer Demokrat; und er hinterließ die Union und die Präsidentschaft mächtiger als er sie angetroffen hatte.

Der demokratische Charakter des Präsidentenamtes ging aus der Tatsache hervor, daß dieser für seine Zeit typische Amerikaner — typisch in seinen Tugenden und Unvollkommenheiten und nur in seiner außerordentlichen Kraft über den Typ hinausgehend — für dieses Amt gewählt werden und seine Verpflichtungen ehrenvoll erfüllen konnte. Von da ab bedeutete eine „Blockhaus-Herkunft“ einen Aktivposten für jeden Anwärter auf ein Wahlamt. Der größte Amerikaner solcher Herkunft war Abraham Lincoln.

Abraham Lincoln

Amnestie erlassen werden, und sogar die erfolglosen Rebellen sollten ihre Bürgerrechte wieder erhalten. Darin brachte Lincoln in edler Weise die hohe Denkart und das Gewissen seines Volkes zum Ausdruck. Seine Stimme wurde, zumindest später, als die Stimme seines Volkes anerkannt.

Gegen seinen Willen und seine Neigung mußte Präsident Lincoln unumschränkte und außergewöhnliche Vollmachten übernehmen und ausüben. Über weite Gebiete mußte das Kriegrecht verhängt werden. Die Behandlung der Gefangenen und die Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten wurden so weit wie möglich durch Verordnungen geregelt, die ein vom Präsidenten ernannter Ausschuss ausgearbeitet hatte. Dessen Vorsitz hatte Franz Lieber inne, der große Staatswissenschaftler deutscher Abstammung. Er war mit ganzem Herzen bei dieser Arbeit; denn er hatte im deutschen Befreiungskrieg gekämpft, später im Süden und Norden der Vereinigten Staaten gelebt, und seine Söhne dienten in den Armeen der gegnerischen Lager.

Ebenfalls gegen seinen Willen sah sich der zivile Präsident gezwungen, einen militärischen Befehlshaber nach dem anderen auszusuchen, bis er Männer fand, die nicht nur Schlachten zu gewinnen verstanden, sondern auch einen erfolgreichen Feldzug in den Dienst der allgemeinen Politik, nämlich der Unterdrückung des Aufstands und der Wiederherstellung der Bundesautorität, zu stellen wußten. Wahrscheinlich brachte ihn nichts so sehr auf wie das mangelnde politische Verständnis seiner Generale, deren einer sich brüstete, er habe „den Feind von unserem Boden vertrieben“. Besonders in den ersten Jahren der Rebellion wurde er wegen seines häufigen Eingreifens in die Militärstrategie und wegen seines angeblichen Versuchs, einen politischen Krieg zu führen, häufig kritisiert; er aber verlor nie die Tatsache aus den Augen, daß keine militärische Aktion als solche gerechtfertigt ist, es sei denn, sie diene einem nationalen, das heißt, politischen Zweck. Auch gestattete er niemandem, den Vorrang der

politischen Autorität vor der militärischen in Frage zu stellen.

Dieser Vorrang wurde seitdem in den Vereinigten Staaten nicht mehr angezweifelt, wenn gleich das Haupt der Exekutive, das heißt, der Präsident, in Kriegszeiten stets enorme Notstandsvollmachten ausüben muß, die ihm vom Kongreß auferlegt werden, wenn er sie nicht von sich aus übernimmt. Nach jedem Krieg kommt dann eine Periode, in der der Kongreß dazu neigt, diese Vollmachten zurückzuziehen

und die unbeschränkte Macht des Präsidenten wieder einzuengen. Der von Senator Bricker aus Ohio in den letzten Jahren vorgeschlagene Verfassungszusatz würde zum Beispiel die Vollmacht des Präsidenten dahingehend beschränken, daß er keine internationalen Exekutiv-Abkommen mehr treffen darf, die Verträgen praktisch gleichgestellt sind, aber nicht der Kontrolle des Kongresses unterliegen wie reguläre Vertragsabschlüsse.

lichen Anklage, auch eines Präsidenten, ist noch immer ein Teil der Verfassung.

Im Fall von Andrew Johnson wurde der Spruch und damit in gewissem Sinn die Integrität des Präsidentenamtes durch die Stimmen von einem halben Dutzend Senatoren entschieden, deren Meinung nicht parteipolitisch oder durch vorhergehende Abstimmungen über umstrittene Gesetze festgelegt war. Einige unter ihnen, die Präsident Johnson nicht leiden mochten und geholfen hatten, seine Vetos zu überstimmen, wurden von der Vorstellung ernüchert, welche Folgen es haben würde, wenn ein Präsident der Vereinigten Staaten wegen eines so geringfügigen und rein technischen Vergehens öffentlich überführt und aus dem Amt entfernt würde.

Auf dem tiefsten Punkt ihrer Geschichte

Obwohl Abraham Lincoln der Präsidentschaft das höchste Ansehen verschafft hatte, seit Präsident Washington in den Ruhestand getreten war, brachte der Streit zwischen Lincolns Nachfolger und dem Kongreß um die Kontrolle des Wiederaufbaus, sie rasch auf den tiefsten Punkt ihrer Geschichte. Hier fanden die Leidenschaften der Kriegszeit ihren häßlichsten Ausdruck.

Es ging um wichtige allgemeine, aber auch um persönliche Fragen. Präsident Andrew Johnson hielt es für seine Pflicht, Präsident Lincolns Versöhnungspolitik durchzuführen, die auch er für die beste hielt. Die radikalen Republikaner waren in ihrer Rachsucht entschlossen, den geschlagenen Süden als erobertes Gebiet zu behandeln, dessen Bewohner durch die Rebellion alle Bürgerrechte verwirkt hatten. Lincoln und Johnson wünschten die Politik des Wiederaufbaus zu lenken, wie Lincoln die Kriegsführung kontrolliert hatte. Die Mehrheit im Kongreß war entschlossen, nicht nur die Notstandsvollmachten, die dem Präsidenten in der Kriegszeit zugestanden worden waren, an sich zu ziehen, sondern auch die Kontrolle über die Präsidentschaft zu erlangen.

Der neue Präsident war ein Mann von erprobtem Mut. In Anerkennung seiner Dienste als „Union man“ im Sklavenhalterstaat Tennessee, wo er sich der Sezession widersetzt hatte, war er zum Vizepräsidenten gewählt worden. Leider mangelte ihm Lincolns Takt, auch besaß er keineswegs Lincolns Genie der Aussöhnung oder seine Gewandtheit in politischer Führung. Hartnäckig stimmte er gegen jeden Gesetzentwurf zur Einleitung einer „radikalen“ oder strafenden Wiederaufbaupolitik, nur um zu sehen, wie der Kongreß über sein Veto hinweg diese Gesetze mit der nötigen Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern durchbrachte. Das verfassungsmäßige Kontroll- und Ausgleichssystem schien aus dem Gleichgewicht geraten, und der Präsident konnte die ungestüme Mehrheit im Kongreß nicht bändigen.

Schließlich schien es, als könne der Präsident selbst gestürzt werden. Er stimmte gegen ein Amtszeit-Gesetz (Tenure of Office Act), das dann doch über sein Veto hinweg angenommen wurde und für ungesetzlich erklärte, daß er ohne Zustimmung des Kongresses einen seiner Kabinettsbeamten entließ, den er zuvor mit Zustimmung des Kongresses ernannt hatte. Durch die-

ses Gesetz hätte er die Kontrolle über sein Kabinett verloren. Da er es für eindeutig verfassungswidrig hielt und hoffte, daß das Oberste Bundesgericht das Gesetz in einem Präzedenzfall als verfassungswidrig erklären würde, übertrat der Präsident es, indem er zum zweitenmal seinen Kriegsminister entließ, der sich offen mit seinen Feinden verbündet und sich ihm gegenüber nicht loyal verhalten hatte.

Dafür wurde der Präsident vom Repräsentantenhaus öffentlich zur Verantwortung gezogen und vom Senat einer politischen Verhandlung unterworfen, bei der der Senat als öffentliches Gericht unter dem Vorsitz des höchsten Richters des Obersten Bundesgerichts fungierte. Dies war das einzige Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, daß ein Präsident öffentlich zur Verantwortung gezogen wurde; aber die Bestimmung über das gesetzliche Verfahren der öffent-

Woodrow Wilson, der Gelehrte in der Politik

Im Jahre 1912 wurde ein neuer Präsidententyp, der Gelehrte in der Politik, gewählt. Es war Professor Woodrow Wilson, früher Dozent für Staatswissenschaft an der Princeton-Universität, der auch Rektor dieser Universität und Gouverneur des Staates New Jersey gewesen war. Wilson brachte einige neue Ideen über den Charakter und die Funktion der Präsidentschaft in dieses Amt mit. Er war der Meinung, daß die Exekutiv-Organen der Regierung zu sehr von der Legislative getrennt worden seien, oder daß sich die beiden in der Praxis zu weit auseinander entwickelt hätten. Der Präsident, der ja als Parteiführer gewählt worden war, sollte nach seiner Meinung auch im Amt die direkte und aktive Führung in Partei und Kongreß behalten und eine Funktion gleich der eines Premierministers ausüben. Als Staatswissenschaftler hatte Wilson oft auf die praktischen Vorteile des Kabinettsystems hingewiesen und besonders herausgestellt, daß es die Zusammenarbeit zwischen den Exekutiv- und Legislativ-Organen der Regierung zu sichern schien.

Während der Friedensperiode seiner 1913 beginnenden ersten Amtszeit setzte Präsident Wilson einige seiner Theorien in die Praxis um. Er belebte einen von Jefferson vor über einem

Einer dieser Senatoren schrieb später (es war Ross von Kansas, der damit politischen Selbstmord beging, weil er sich seiner eigenen Wählerschaft entgegenstellte): „... Die Unabhängigkeit der Exekutive als gleichgestellter Regierungszweig stand auf dem Spiel. Hätte der Präsident zurücktreten müssen, so wäre das Amt des Präsidenten degradiert und für immer dem Willen der Legislative untergeordnet worden. Dies hätte unser prächtiges politisches Gefüge praktisch in eine parteigebundene Kongreß-Autokratie verwandelt.“

Wie die Union ihre schwerste Prüfung bestanden hatte, als sie trotz Rebellion und Sezessionsversuchen weiterbestand, so durchlebte die Präsidentschaft ihre gefährlichste Krise in den dunklen und sorgenvollen Tagen des sogenannten Wiederaufbaus, der sich leider so lange hinauszögerte.

Jahrhundert aufgegebenen Brauch wieder und erschien persönlich vor dem Kongreß, um seine Botschaften zu verlesen. Unter seiner Führung wurde eine beachtliche Zahl fortschrittlicher Gesetze vom Kongreß angenommen, der gleichzeitig mit ihm gewählt worden war.

1914 wurde der Krieg in Europa in jeder Lage zum beherrschenden Faktor.

Da er etwa nach der Art eines Premierministers fungiert hatte, war Präsident Wilson stets auch sein eigener Außenminister. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten wurden die auswärtigen Angelegenheiten sein unmittelbares Anliegen. Zu jener Zeit war sein einziges Ziel, die Neutralität der Vereinigten Staaten zu erhalten in der Hoffnung, daß er als Sprecher der mächtigsten neutralen Nation eines schönen Tages Gelegenheit finden würde, als Vermittler bei der Wiederherstellung des Friedens zu dienen. Währenddessen hielt er es für die Pflicht der Vereinigten Staaten, als stärkster neutraler Staat im Interesse der anderen Neutralen dafür zu sorgen, daß ihr anerkanntes Recht, außerhalb der Kriegszonen ungehindert zu reisen und Handel zu treiben, erhalten blieb. Auf diese Weise hoffte er auch, einen möglichst großen Teil der

Welt und ihrer Handelswege von der zerstörenden Gewalt und den Einschränkungen des Krieges freizuhalten, in anderen Worten, den Krieg selbst auf die tatsächlichen Kampfgebiete zu begrenzen. Dies gelang ihm leider nicht.

Der Präsident ersuchte 1917 den Kongreß, Deutschland den Krieg zu erklären, weil er inzwischen, wenn auch zögernd, zu dem Schluß gekommen war, daß die Neutralitätspolitik versagt hatte und nicht imstande wäre, den Krieg rasch oder unter Bedingungen zu beenden, die einen angemessenen und dauerhaften Frieden versprachen. Am Zustandekommen dieses Friedens hatten die Vereinigten Staaten ein berechtigtes Interesse, sie hätten dabei aber nur als kriegführende Macht mitreden können. Die endgültige Provokation, die ihn zu diesem Entschluß brachte, war die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges seitens der Deutschen. Der Präsident hielt den Einsatz der U-Boote als Blockadewaffe für ungesetzlich und inhuman.

Die Erfordernisse des Krieges zwangen dem Präsidenten weitgehende Notstandsvollmachten auf. Seine Beziehungen zu den Streitkräften waren beispielhaft. Zum Befehlshaber der Expeditionstreitkräfte wählte er General Pershing; von ihm forderte er, daß er die strategischen Entscheidungen bezüglich der Durchführung des Feldzuges in Frankreich und hinsichtlich der Beziehungen zu den Streitkräften der Alliierten trafe; und er unterstützte Pershing dabei in loyaler Weise.

Die Gestaltung des Friedens aber hielt Präsident Wilson für seine ureigenste Aufgabe. Seine berühmten Vierzehn Punkte waren gleichermaßen der Entwurf einer Welt, wie sie

seiner Hoffnung entsprechend nach dem Krieg geschaffen werden sollte, ein Versuch, die Kriegsziele der Alliierten in Grenzen zu halten, solange dazu noch Zeit war, und eine Aufforderung an das deutsche Volk, Frieden zu schließen.

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands von 1918 schuf Wilson zwei umwälzende Präzedenzfälle für die Präsidentschaft, einmal, indem er nach Übersee ging, um die Hauptstädte der Alliierten zu besuchen, und zweitens, indem er bei den Friedensverhandlungen die aktive Führung seiner Delegation übernahm. Die Premierminister Clemenceau und Lloyd George standen an der Spitze der französischen und britischen Delegation, während Italien und Japan durch ihre Außenminister vertreten waren. Hier entstand, denke ich, einer der vertrauten Ausdrücke wie die „Großen Drei“, die „Großen Vier“, die „Großen Fünf“ usw.

Nun begannen Wilsons Theorien über den parteipolitischen Charakter der Präsidentschaft und die Zentralisation von Macht und Verantwortung in der Person des Präsidenten sich zu seinem Nachteil auszuwirken. Er hatte an die Wähler einen parteipolitischen Aufruf gerichtet, in der Wahl von 1918 als Vertrauensvotum für seine Führung erneut eine demokratische Mehrheit in den Kongreß zu wählen, und war abgewiesen worden. Parteigängertum und persönliche Opposition gegen den Präsidenten spielten in der Folge auch eine Rolle bei der Ablehnung des Versailler Vertrags und des Völkerbunds. Der Präsident hatte seine Führerschaft verloren und opferte später seine Gesundheit bei dem Versuch, die doppelte Last von Führung und Verantwortung allein zu tragen.

„Mr. United States“

Die Wilsonsche Art präsidialer Führung wurde von seinen republikanischen Nachfolgern nicht praktiziert; sie wäre auch abgelehnt worden. Wiederum, wie in den Jahren nach dem Bürgerkrieg, war der Kongreß darauf bedacht, das „Gleichgewicht“ zwischen sich und der Präsidentschaft wiederherzustellen.

Die Wirtschaftsdepression der frühen dreißiger Jahre führte zu einer neuen Krise, in der wieder die Forderung nach tatkräftig helfendem Eingreifen der Regierung laut wurde. Unter der hochgestimmten und anscheinend selbstvertrauenden Führerschaft von Präsident Franklin D. Roosevelt und der von ihm ernannten zahlreichen Berater wurde eine Reihe kühner Maßnahmen, gemeinhin als New Deal bekannt, erlassen, mit denen man versuchte, die Wirtschaftstätigkeit und ihre Bedingungen zu kontrollieren, ein dem Wohlstand förderliches politisches Klima zu schaffen oder die Wirtschaftskrise wenigstens durch Verwaltungsmaßnahmen und Gesetzgebung zu bekämpfen. Niemals zuvor hatte die Regierung so unmittelbar in das Wirtschaftsleben des Landes eingegriffen oder so dringend vom Haupt der Exekutive erwartet, daß es auf diesem Gebiet die Führung über-

nehme. Während der Kriegsjahre wurden dem Präsidenten wiederum ganz außerordentliche Vollmachten übertragen. Unter Benützung der neuen Verkehrs- und Verständigungsmittel wickelten Roosevelt und Premierminister Churchill die internationalen Geschäfte oft in unmittelbarem, persönlichem Gespräch über eine transatlantische Telefonverbindung ab. Oft mußten ihre Berater nachträglich von dem Gesprochenen unterrichtet werden. Ihre persönlichen Beauftragten flogen hinüber und herüber zu Konferenzen, über die ebenfalls nachträglich berichtet wurde. Wichtige Angelegenheiten, die gewöhnlich der Geheimhaltung unterlagen, wurden provisorisch durch Exekutiv-Abkommen geregelt, die dem Senat nicht, wie sonst bei Verträgen der Fall, zur Ratifizierung vorgelegt werden mußten. Die Zahl der Berater, die das Vertrauen des Präsidenten genossen, dem Kongreß aber politisch nicht verantwortlich waren, vervielfachte sich.

Zum Glück verstand Präsident Roosevelt es besser als Woodrow Wilson, Befugnisse auf andere zu übertragen und seine persönliche Arbeitslast zu verteilen; aber letztlich trug er die

Verantwortung; und auch er starb im Amt.

In Roosevelts Tagen hatte die „Konferenz auf höchster Ebene“ ihre große Zeit. Die Staatsoberhäupter kamen zusammen, um die wesentlichen Punkte der Politik oder die Regelung einer Angelegenheit in großen Zügen zu vereinbaren — oder dies wenigstens zu versuchen —, während die Einzelheiten später von ihren Außenministern oder anderen Untergebenen besprochen wurden. So wurde die Führung der Außenpolitik, ob persönlich oder durch Beauftragte, zum meist publizierten Teil der mannigfachen Obliegenheiten der Präsidentschaft. Jedoch stellen die innerpolitischen Angelegenheiten ebenso zahlreiche und schwere Anforderungen an den Präsidenten. Er ist sowohl faktisch wie dem Namen nach „Mr. United States — Herr Vereinigte Staaten“ geworden.

Welche Art von Männern wünschen sich die Amerikaner nun für ihre Präsidentschaft? Der Präsident soll geborener Amerikaner sein. Er kann ein „Mann aus dem Volk“ sein wie Jackson, Lincoln und Truman, oder das amerikanische Äquivalent eines Aristokraten wie Washington, die beiden Adams oder Jefferson (trotz seiner gleichmacherischen Ideen). Er braucht weder reich noch arm zu sein und ist in der Tat wohl keines von beiden. Ein zur Präsidentschaft befähigter Mann wird wahrscheinlich auf gewisse finanzielle Erfolge zurückblicken können, während der Erbe eines großen Vermögens Vorzüge mehr persönlicher Art als Empfehlung an seine Wählerschaft aufweisen muß. Der Neuling im politischen Leben, der durch Befähigung oder hervorragende Dienste in anderer Eigenschaft bekannt geworden ist, hat wahrscheinlich den Vorzug vor einem Mann, der im öffentlichen Dienst Karriere gemacht hat, aber als „Berufspolitiker“ gelten kann. Der Sohn oder Enkel eines wegen seiner Fähigkeiten und seines Charakters berühmten Mannes zu sein, ist eher ein Vorteil als ein Nachteil. Ein Name wie Roosevelt, Hoover, La Follette oder Taft, zum Beispiel, ist kein Hindernis. Es ist entschieden von Vorteil, finanziell nicht von den Einkünften des öffentlichen Amtes abhängig zu sein. Präsident Eisenhowers größtes politisches Aktivum ist die allgemeine Anerkennung seiner charakterlichen Integrität, seiner Aufrichtigkeit und seines guten Willens.

Die Anforderungen des Präsidentenamtes übersteigen die Fähigkeiten eines jeden. Und doch stellen sich viele Amerikaner gerne vor, daß fast jeder Bursche „einmal Präsident werden“ und daß der Durchschnittsamerikaner diese Stellung ehrenhaft und annehmbar ausfüllen könne. Sie sehen in ihrem Präsidenten gern einen ihresgleichen, in seiner höchsten Form natürlich, und hören in seinen Worten ihre eigene Stimme.

Zuweilen sind sie enttäuscht, weil sie zu viel verlangen und erhoffen; aber sie sind unentwegt hoffnungsvoll und haben gewöhnlich Glück. Obwohl sie mehr als einmal einen früheren General zur Präsidentschaft erhoben haben, lehnen sie den „Mann zu Pferde“ ab. Die Amerikaner haben niemals einen Napoleon gewählt.

J. LAWTON COLLINS

Die NATO ist für den Frieden noch unbedingt notwendig

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir im Folgenden aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ den Artikel von General J. Lawton Collins:

Seit der Genfer „Gipfel“-Konferenz taucht die Frage auf, ob sich die Nordatlantikpakt-Organisation nicht überlebt habe. Sei sie nicht im Zeitalter eines eventuellen Atomkrieges aus der Mode gekommen? Sei sie elastisch und lebensfähig genug, um den neuen Bedrohungen zu begegnen, die sich aus der „Sackgasse des Atomgleichgewichts“ zwischen Ost und West ergeben? Diese und ähnliche Fragen haben sich verantwortliche Männer vorgelegt. Sie verdienen eine offene Antwort. Dieser Artikel wird versuchen, sie zu geben.

Es dürfte vor allen Dingen nützlich sein, uns wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, warum seinerzeit die NATO gegründet worden ist und welche Ziele sie hat.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland richteten die kriegsmüden Völker Europas im Juni 1945 ihre Blicke auf die neugegründeten Vereinten Nationen in der Hoffnung, daß weitere Kriege nun vermieden werden könnten. Diese Organisation, der 50 Nationen angehörten und die die Unterstützung der Weltmeinung genoß, schien es unmöglich zu machen, daß irgendeine Nation wieder nach der Weltherrschaft zu streben versuchte. Aber das kommunistische Rußland, das sich der gleichen Mittel wie Hitler bediente, hatte mit der Ausführung bedrohlicher Pläne bereits begonnen. Europa, abgerüstet und erschöpft, sah 1945–1947 hilflos zu, wie sich die Sowjets ganze Gebiete einverleibten oder Polen, Ostdeutschland, Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn unterjochten. Der kommunistische Staatstreik in der Tschechoslowakei im Februar 1948 veranlaßte England und einige andere Staaten aus der Reihe der dahinschwindenden freien Länder Europas, am 17. März 1948 einen gegenseitigen Verteidigungsvertrag in Brüssel zu unterzeichnen.

Regierung und Volk der Vereinigten Staaten hatten die Entwicklung in Europa mit wachsender Sorge verfolgt. Wir hatten schon zu militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegriffen, um zur Rettung Griechenlands und zur Stärkung der türkischen Verteidigung beizutragen. Aber da wir noch immer gegen Bündnisse in Friedenszeiten waren, die uns in Entwicklungen hineinziehen konnten, waren wir

abgeneigt, uns den Brüsseler Vertragsmächten formell anzuschließen. Der Zusammenbruch der Tschechoslowakei jedoch, der durch den Tod von Außenminister Masaryk und Präsident Benesch dramatisiert wurde, verbunden mit den ersten Drohungen gegen Norwegen und Dänemark, veranlaßte uns einzugreifen. Am 11. Juni 1948 nahm der Senat die Vandenberg-Entscheidung an, die zu unserer Beteiligung an der Gründung der Nordatlantikpakt-Organisation führte. Es verdient besonders erwähnt zu werden, daß diese Entscheidung vom republikanischen Führer im Senat unter einer demokratischen Regierung gebilligt und mit überwältigender Mehrheit von 64 gegen 4 Stimmen angenommen worden ist. Es war der von beiden Par-

teien getragene Entschluß der Vereinigten Staaten, kooperative Maßnahmen zu ergreifen, um dem imperialistischen Vordringen des militanten Kommunismus Einhalt zu gebieten, bevor es zu spät war, einen Krieg zu umgehen.

Nach mehrmonatiger vorbereitender Arbeit ist der Nordatlantikpakt am 4. April 1949 in Washington von den Außenministern von Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, England und den Vereinigten Staaten unterzeichnet worden. Später sind Griechenland und die Türkei aufgefordert worden beizutreten, und 1955 kam noch die Bundesrepublik Deutschland hinzu.

Die Ziele der Nato

Die Ziele der NATO waren zweifacher Art: Es war die Absicht, erstens eine politische Staatenorganisation zu errichten, die eine Atmosphäre der Stabilität und des gegenseitigen Vertrauens schaffen und den Widerstand der europäischen Länder gegen die kommunistische Infiltration vertiefen würde; und zweitens eine genügend starke militärische Organisation aufzubauen, um die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß jede weitere Aggression im nordatlantischen Raume zu einem allgemeinen Krieg und damit letzten Endes zur sowjetischen Niederlage führen würde.

Die meisten Länder, die der Sowjetunion einverleibt oder als Satelliten unterjocht wurden, sind nicht durch den offenen Einsatz der sowjetischen Militärmacht, sondern durch Infiltration und Ausnutzung der kommunistischen Minderheiten erobert worden. Der drohende Schatten einer überwältigenden Militärmacht hat jedoch immer im Hintergrund dieser kommunistischen Infiltration gestanden. Während der Westen nach dem zweiten Weltkrieg seine Streitkräfte fast vollständig demobilisiert hatte, behielten die Sowjets ungefähr 175 aktive Divisionen und über 20 000 Kampfflugzeuge bei. Trotz ihres kürzlichen Geredes, die Mannschaftsstärke ihrer Streitkräfte abzubauen, besitzen sie zur Zeit 175 Divisionen in Kriegs-

stärke und über 20 000 Kampfflugzeuge. Darüber hinaus bestehen 80 Prozent ihrer Luftstreitkräfte jetzt aus Düsenflugzeugen und die Leistungsfähigkeit ihrer Bombenflugzeuge ist erhöht worden. Sie haben auch mit der Konstruktion von schnellen, modernen Kreuzern begonnen und besitzen ungefähr 400 U-Boote im Vergleich zu den 75, über die Hitler verfügte, als er den zweiten Weltkrieg begann. Diese Luft-, Land- und Seestreitkräfte sind weitgehend modernisiert worden und stellen eine militärische Bedrohung dar, die in Europa nur durch die vereinten Anstrengungen aller NATO-Mitglieder ausgeglichen werden kann.

Die NATO-Mächte sind sich dieser Tatsachen bewußt. Während Artikel 2 des NATO-Vertrages ausführt, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Vertragsländer verstärkt werden sollten, ist das Herzstück des Vertrages zur Überwindung der dringendsten Gefahr Artikel 5, in dem es heißt:

„Die vertragschließenden Staaten sind sich darüber einig, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen alle betrachtet werden wird. Infolgedessen kommen sie überein, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Charta der

Vereinten Nationen anerkannten Rechts zur individuellen oder kollektiven Verteidigung dem Vertragsstaat oder den Vertragsstaaten, gegen die sich der Angriff richtet, Unterstützung zukommen läßt, indem jeder für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragsstaaten solche Maßnahmen unter Einschuß des Einsatzes bewaffneter Streitkräfte ergreift, die er für notwendig erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Raumes wiederherzustellen und zu wahren..."

Die Nordatlantikpakt-Organisation ist also ein defensives Militärbündnis. Sie ist der Schild, hinter dem seine Mitglieder sich dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fortschritt widmen können.

Der Beitritt zu einem solchen Militärbündnis in Friedenszeiten bedeutete für die Vereinigten Staaten einen radikalen Wechsel ihrer von George Washington begründeten traditionellen Politik, keine Bündnisse einzugehen, durch die die Vereinigten Staaten in Verwicklungen hineingezogen werden könnten. Daß das amerikanische Volk den NATO-Vertrag voll unterstützt hat, beweist seine Einsicht in die Tatsache, daß in unserem modernen Zeitalter unser Schicksal unzertrennlich mit dem des freien Europa verbunden ist. Während zweier Weltkriege hatten wir mit unserer Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas so lange gewartet, bis die freien Länder jenes Erdteils schon fast überwältigt worden waren. Jetzt waren wir entschlossen, einen potenten Angreifer fair zu warnen, daß wir bei einem Angriff auf die NATO-Staaten Europas sofort den Kampf aufnehmen würden.

Wir haben in der folgenden Zeit unsere diesbezüglichen Verpflichtungen vergrößert, indem wir in Europa das Äquivalent von sechs amerikanischen Divisionen, starke Einheiten der Luftstreitkräfte und die sechste amerikanische Flotte stationiert haben, die im Mittelmeer stationiert ist und die NATO unterstützen soll. England ging später eine noch festere und gleichfalls beispiellose Verpflichtung ein, als es 1954 zustimmte, auf unbestimmte Zeit vier Armeedivisionen und die zweite taktische Luftflotte auf dem Kontinent unter dem Oberkommando der NATO zu stationieren.

Diese politischen und militärischen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten und Englands, verbunden mit dem amerikanischen wirtschaftlichen und militärischen Hilfsprogramm sind für die NATO von entscheidender Bedeutung gewesen. Die materielle Unterstützung, die von den beiden größten Mächten außerhalb Kontinentaleuropas gewährt wurde, hat dazu beigetragen, einige der kleineren Länder psychologisch zu stärken, den Angriffen des imperialistischen Kommunismus im eigenen Lande zu widerstehen.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß sich die amerikanischen und englischen Truppen noch 1951 auf dem Kontinent nur als Teil der alliierten Besatzungsstreitkräfte in Deutschland befanden. Regionale Planungsgruppen der NATO waren eingerichtet worden, um die nationalen

europäischen Verteidigungspläne zu koordinieren. Aber es gab noch kein einheitliches Oberkommando, die Besatzungstruppen waren nicht für die Verteidigung bestimmt, und es waren keine Vorkehrungen für den Nachschub getroffen worden, um die Truppen in einem eventuellen Kampf zu unterstützen.

Der von den Kommunisten inspirierte Angriff am 25. Juni 1950 über den 38. Breitengrad in Korea hinaus trieb die Weltspannungen, die durch das kriegerische Verhalten der Sowjets hervorgerufen worden waren, auf die Spitze. Man sah damals ein, daß eine festere Militärorganisation in Gestalt der NATO notwendig war, um ähnliche kommunistische Angriffe im NATO-Raum verhindern zu können. Es wurden sofort entsprechende Verhandlungen aufgenommen, aber erst im Dezember 1950 wurde General Dwight D. Eisenhower vom Nordatlantikpakt zum Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) ernannt mit der Maßgabe, ein gemeinsames Oberkommando einzurichten und gemeinsame Verteidigungspläne auszuarbeiten.

General Eisenhower und seine Mitarbeiter machten sich sofort daran, die notwendigen Oberkommandos in Nord-, Mittel- und Südeuropa zu errichten, die erforderlichen militärischen Nachschublinien und unerläßlichen Fernmeldeanlagen anzulegen und die Verteidigungspläne für den Einsatz der wachsenden Land-, See- und Luftstreitkräfte zu koordinieren, die von den Mitgliedstaaten dem NATO-Kommando unterstellt worden waren.

Dieser historische Hintergrund¹⁾ ist etwas ausführlicher behandelt worden, um festzustellen: 1. daß sich die ursprüngliche Entwicklung in Form eines defensiven Militärbündnisses vollzogen hat, wenn auch die NATO wichtige politische, wirtschaftliche und kulturelle Ziele hat; 2. daß die Form des Bündnisses von den Völkern des NATO-Raumes nicht vorher erdacht, sondern ihnen durch den ständigen Druck des kommunistischen Imperialismus aufgezwun-

gen worden ist; 3. daß das Bündnis langsam und stetig, wenn auch widerwillig ausgebaut worden ist, um einer tatsächlichen und zunehmenden militärischen Bedrohung durch die Russen zu begegnen. Die NATO ist aus purer Notwendigkeit heraus entstanden. Sie ist nicht das Geschöpf einer müßigen, flüchtigen Laune. Sie ist Stück für Stück nach gründlicher Prüfung und mit viel Mühe zusammengefügt worden. Die Bedrohung, einstmals Anlaß ihrer Errichtung, besteht noch immer in Form der Komintern mit ihren Fangarmen kommunistischer Infiltration in jedem NATO-Land und in Form der bedrohlichen Macht der großen sowjetischen Armee, über deren Einsatz nur der autokratische Wille einer Handvoll Männer im Kreml entscheidet. Bis diese Bedrohung nicht wirklich aufgehört hat, wird die NATO aus besonderen politischen und militärischen Gründen, die für die Aufrechterhaltung des Friedens wichtig sind, bestehen bleiben.

Es braucht nicht betont zu werden, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zwischen den NATO-Staaten inzwischen verstärkt werden sollten, wie in Artikel 2 des NATO-Vertrages vorgesehen ist. Dies ist sondern angesichts der stetigen Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion, die die neue sowjetische Wirtschaftsoffensive im Mittleren Osten ermöglicht hat, auch erforderlich. Viele NATO-Staaten sind Mitglied der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft. Alle europäischen NATO-Partner sind auch Mitglieder der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen mit neutralen Staaten wie Österreich, Schweden und der Schweiz. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind an der Arbeit der OEEC beteiligt, auch wenn sie keine Mitglieder sind. Es gibt viele praktische Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer engeren politischen und wirtschaftlichen Übereinstimmung in der NATO. Der Nordatlantikpakt ist mit ihrem Studium befaßt.

Die Bedingungen des Atomzeitalters

Wir müssen jetzt prüfen, inwieweit die NATO fähig ist, sich den wechselnden Bedingungen des Atomzeitalters anzupassen.

Selbst unser sehr kurzer historischer Überblick hat gezeigt, daß sich die NATO an schwierige und wechselnde politische, wirtschaftliche und militärische Umstände angepaßt hat. Der Beitritt Griechenlands und der Türkei, drei Jahre nach Gründung der NATO, hat die Südflanke zwar gestärkt, aber auch eine Ausweitung der Verantwortung mit sich gebracht, die nicht leicht von allen NATO-Staaten akzeptiert worden ist. Einige von ihnen waren bei der Gründung abgeneigt, das Gebiet zu vergrößern, das zu verteidigen alle Mitglieder verpflichtet sind. Die Aufnahme Westdeutschlands wurde

¹⁾ Weitere Einzelheiten siehe in „NATO — die ersten fünf Jahre 1949—1954“ von Lord Ismay, Generalsekretär der Nordatlantikpakt-Organisation.

von Frankreich trotz der drei deutschen Invasionen innerhalb 70 Jahren gebilligt. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO bewiesen sowohl Mut als auch Anpassungsvermögen, als sie die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit schufen, um zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beizutragen, die vom zweiten Weltkrieg herrühren und sich durch die militärischen Anforderungen der NATO sehr vergrößert haben. Noch augenfälliger ist die Anpassung der amerikanischen öffentlichen Meinung, die sich vom traditionellen Isolationismus ab- und der Annahme des NATO-Bündnisses zugewendet hat mit allem, was es an Geld, Soldaten und persönlichen Opfern fordert. Diese Beispiele illustrieren nur, wie jeder Mitgliedstaat immer wieder seine eigenen nationalen Traditionen und Interessen den weitreichenderen politischen Erfordernissen

und dem Gedeihen der NATO untergeordnet hat.

In die NATO sind politische und militärische Einrichtungen eingebaut, um erforderlichenfalls den Vertrag, das Verfahren und die Verpflichtungen abändern zu können. Die oberste Behörde der NATO, der Nordatlantikat, tagt ständig in Paris. Die ständigen Vertreter von 15 Nationen, alles erfahrene Männer im Botschafterrang, treffen sich regelmäßig ein- oder zweimal wöchentlich, um die laufenden Fragen zu prüfen. Die Außenminister, die gewöhnlich von den Verteidigungs- und Finanzministern begleitet werden, treffen sich mit dem Rat normalerweise zweimal jährlich, um die grundsätzliche Politik zu überprüfen und den neuen Umständen anzupassen.

Soviel über die politische Seite der NATO. Wie steht es mit der Anpassungsfähigkeit ihrer militärischen Planung? Ist in dieser Planung die Wirkung der neuen Waffen, der Überschallflugzeuge und ferngelenkten Geschosse auf die Kriegsführung berücksichtigt worden?

Die Antwort darauf ist ein festes und unzweideutiges Ja. Ich glaube nicht, daß für all die vielen Probleme, die das Aufkommen der neuen Waffen mit sich gebracht hat, Lösungen gefunden worden sind. Doch hat sich eine Anzahl Institutionen ständig um die Lösung dieser Probleme bemüht und bemüht sich weiter. Als General Eisenhower Chef des Stabes der amerikanischen Armee war, begann er die damals bekannte Wirkung der neuen und vernichtenden Waffen auf die Kriegsführung zu studieren, und die Leiter aller amerikanischen Waffengattungen haben seitdem die Studien intensiviert. Zu jener Zeit waren die Vereinigten Staaten das einzige NATO-Land, das über den Fortschritt der Atomwissenschaft voll informiert war. Sicherheitsvorschriften, die auf unserem Atomengesetz von 1946 beruhen, haben die Weitergabe dieser Informationen (und zwar bis vor kurzem) an andere NATO-Planer ziemlich eingeschränkt. Deshalb ist ein großer Teil der Arbeit zwangsläufig von Amerikanern geleistet worden. Um diese Schwierigkeit überwinden zu helfen, ist eine Anzahl besonders qualifizierter junger Offiziere im Generalstab der amerikanischen Armee, die mit diesen Studien befaßt waren, 1951 zu SHAPE²⁾ versetzt worden. Diese ausgewählte Gruppe hatte ursprünglich in Washington unter Leitung von General Gruenther gearbeitet, der vor seiner Ernennung zum Stabschef General Eisenhowers bei SHAPE gerade stellvertretender Leiter der Planungs- und Operationsabteilung des Generalstabes der amerikanischen Armee gewesen war. Diese Offiziere bildeten innerhalb SHAPE den Kern einer besonderen Studiengruppe, die seitdem von General Ridgway und General Gruenther verstärkt und erweitert worden ist. Beide Oberkommandierende ließen diese Studiengruppe ständig an neuen strategischen und taktischen Plänen und Methoden arbeiten, um mit den

dauernd wechselnden Formen der neuen Waffen Schritt halten zu können.

Der ursprüngliche strategische Plan für den Einsatz von NATO-Streitkräften war relativ einfach. Gegebenenfalls würden die Sowjets den Krieg beginnen. Die SACEUR sofort verfügbaren Streitkräfte hätten das Maximum an Hindernissen zu errichten und an neuen Waffen einzusetzen, um den sowjetischen Vormarsch zu verzögern und zu zerschlagen, während zusätzliche Reserveeinheiten mobilisiert würden und schließlich eine feste Linie hinter natürlichen Hindernissen, wie z. B. dem Rhein oder einem anderen geeigneten Fluß oder Gebirge errichtet würde. Während der Durchführung dieser Maß-

nahmen wäre der Feind das Ziel von Angriffen durch das strategische Luftkommando der Vereinigten Staaten (S.A.C.), das mit zerstörenden Atombomben ausgerüstet ist. S.A.C. würde nicht dem NATO-Oberkommando unterstehen, aber die Pläne für seinen Einsatz zur Unterstützung der NATO würden mit SACEUR koordiniert werden. Die Seestreitkräfte des alliierten Oberkommandos im Atlantik würden SACEUR mit geeigneten Offensivoperationen unterstützen und die Seewege zwischen Europa und Kanada und den Vereinigten Staaten offen halten, woher die Hauptmasse der Verstärkungen an Menschen und Material käme, die den Sieg sicherstellen würde.

Der Nato-Schild

NATO sollte also den Schild bilden, der die schnelle Eroberung Europas verhindern würde, während S.A.C. seine lähmenden Schläge nicht nur gegen die sowjetischen Streitkräfte sondern auch gegen Verbindungslinien, Flugfelder, Depots, Fabriken und anderes kriegswichtiges Potential führen würde. Im Falle eines Krieges wären sowohl der NATO-Schild als auch die Stärke der Gegenoffensive des S.A.C. für einen Sieg entscheidend. Noch wichtiger, die Sowjets könnten vielleicht zu der Überzeugung kommen, daß sie einen Krieg vermutlich nicht gewinnen und könnten daher davon abgebracht werden, ihn überhaupt zu beginnen.

So weit war alles schön und gut. Aber alle diese Pläne wurden gemacht, bevor die Sowjets ihre eigenen Atombomben entwickelten. Was wird eines Tages in nicht allzuferner Zukunft geschehen, wenn die Kommunisten genügend Bomben und Mittel haben, um sie ans Ziel zu bringen und dann imstande sind, einen lähmenden Schlag gegen NATO-Europa und Amerika zu führen? Ist die NATO-Organisation elastisch genug, dieser neuen Bedrohung zu begegnen? Kann sie ihre Verteidigungspläne entsprechend anpassen? Das Problem der Anpassung ihrer Verteidigungspläne und -methoden an einen eventuellen Atomkrieg ist seit einigen Jahren Gegenstand intensiver Studien, wie ich oben erklärt habe. Es konnten noch nicht alle Antworten gefunden werden, und sie werden vermutlich auch nicht gefunden, aber eine weitgehende Anpassung an die neue Lage ist durchaus möglich!

Falls sich die Sowjets jemals entschließen sollten, Europa anzugreifen, müßten sie die wichtigsten Gebiete schnell überrennen, um eine Erfolgchance zu haben. Logischerweise würden sie versuchen, sich der großen Produktionskapazität Europas zu bemächtigen und dabei Fabrikanlagen und gelernte Arbeiter soweit wie möglich zu schonen, um selbst aus ihnen Nutzen zu ziehen. Ist Kontinentaleuropa überrannt, dann erhielten sie die Kontrolle über die gleiche industrielle Kapazität, über die sie jetzt schon verfügen, und über 200 Millionen der fähigsten Menschen.

Gelingt es, einen derartigen Angriff zu verlangsamen und durch den Einsatz der Land-, See- und Luftstreitkräfte der NATO aufzuhalten, dann könnten die der NATO zur Verfügung stehenden Bombenflugzeuge die lebenswichtigen Zentren der Sowjetunion und der sie aktiv unterstützenden Satelliten so zerschlagen, daß der Angriff zum Stehen gebracht werden könnte, bevor Schlüsselgebiete verloren gingen. Dann würden die enormen Reserven des Westens an Material und Produktionskapazität den Sieg sicherstellen.

Natürlich könnten die Sowjets versuchen, das für die Gegenoffensive bestimmte Potential des Westens zu vernichten, indem sie den Krieg mit überraschenden Atomangriffen gegen NATO-Flugplätze in Europa, gegen S. A. C. und RAF³⁾ Stützpunkte der Bomberkommandos, gegen Atomenergie- und bestimmte Industrie-Anlagen und Versorgungsstellen der Vereinigten Staaten, Kanadas und Europas beginnen

Um einer derartigen Bedrohung begegnen zu können, richten Kanada und die Vereinigten Staaten ein Vorwarn- und Luftverteidigungssystem ein, wodurch wir weit besser einen eventuellen Überraschungsangriff auffangen und zurückschlagen können. Dieses System ist auch für NATO-Europa von direkten Nutzen, seitdem der Zeit- und Raumfaktor sich so verändert hat, daß die Sowjetunion vor einem Angriff auf Europa ihre Flugzeuge zuerst gegen Amerika einsetzen muß, um die Chance der Überraschung zu nutzen mit alle den sich daraus ergebenden Vorteilen für einen Angreifer. Demnach könnte das nordamerikanische Vorwarnungs- und Luftverteidigungssystem für Europa das notwendige Alarmsignal bedeuten.

Noch wichtiger, könnten wir die Sowjets davon überzeugen, daß ihnen die Überraschung nicht glückt, die sie brauchen, um die Vereinigten Staaten „kampfunfähig“ zu machen, dann kommen sie vielleicht zu der Ansicht, daß es überhaupt unsinnig ist, einen Krieg zu beginnen, der zwangsläufig mit ihrer eigenen Zerstörung durch Atombomben enden muß.

²⁾ Oberstes Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Europa.

³⁾ Royal Air Force.

Die Luftverteidigung

Um sie in dieser Überzeugung zu bestärken, ist es notwendig, das amerikanisch-kanadische System durch die Errichtung eines möglichst wirkungsvollen Luftverteidigungssystems in NATO-Europa zu vervollständigen. Dieses System wird gerade entwickelt, wenn auch noch schwierige Fragen der Souveränität, des nationalen Prestiges, der Organisation und der Finanzen gelöst werden müssen.

Die Luftverteidigung der NATO in Europa hat sich seit 1949 enorm verbessert. Damals bestanden die zur Verteidigung Westeuropas zur Verfügung stehenden Luftstreitkräfte nur aus einigen Hundert veralteter Flugzeuge mit Propellerantrieb aus dem Zweiten Weltkrieg, während heute Tausende zur Verfügung stehen, und zwar meistens Düsenjäger und -bomber. Fraglos würden die Sowjets versuchen, durch Überraschungsangriffe so viele Flugzeuge und Rollfelder wie möglich zu zerstören, von denen aus die Flugzeuge operieren. Dies dürfte keine leichte Aufgabe sein, da es heute ungefähr 125 NATO-Flugplätze gibt im Gegensatz zu den 15 Flugplätzen, die der NATO 1949 zur Verfügung gestanden haben. Es wäre praktisch unmöglich, alle diese Flugplätze gleichzeitig zu zerstören. Es ist ein Luftalarmsystem errichtet worden, das auch bei minimaler Warnung verbürgen sollte, daß sich wenigstens ein Teil der auf diesen Flugplätzen stationierten taktischen Luftstreitkräfte der NATO in die Luft erheben könnte.

Aber Angriffe auf die NATO-Flugplätze in Europa würden die Sowjetunion nicht vor einem vernichtenden Gegenluftangriff bewahren, der sofort von den weit verteilten S. A. C.-Luftstützpunkten entlang ihrer Peripherie gestartet würde. S. A. C. und ihre verstreuten Luftstützpunkte tragen daher weitgehend zur abschreckenden Stärke der NATO bei, weil sie die zur Verteidigung Europas sofort verfügbaren Luftstreitkräfte ergänzen.

Aber welche Chance hat Europa, nicht überannt zu werden, wenn die Sowjetunion und ihre Satelliten ein solch enormes Übergewicht sowohl an Land- und taktischen Luftstreitkräften als auch an ständig wachsenden Atomwaffenbeständen besitzen? Die Beantwortung dieser Frage kann natürlich nur meine persönliche Ansicht sein.

Erstens kann ich nur noch einmal wiederholen, daß wir alle Hoffnung haben, daß die Verteidigungskraft der NATO in Europa verbunden mit der Vergeltungskraft der S. A. C. den Ausbruch eines Krieges weiterhin verhindern werden. Die nachfolgende Diskussion setzt das eventuelle Unglück eines Kriegsausbruchs voraus.

Ich bin überzeugt davon, daß die Atomwaffen bei taktischem Einsatz — d. h. auf dem Schlachtfeld — mehr dem Verteidiger als dem Angreifer nützen werden. Soviel ich weiß, haben alle bisherigen Untersuchungen und Atomversuche ergeben, daß die Menschen trotz all ihrer

Gebrechlichkeit eine Atomexplosion besser als materielle Dinge aushalten und überleben können — vorausgesetzt, daß sich die Menschen in den Boden eingraben oder in entsprechende Schutzräume begeben. Soldaten, die sich weit zerstreut eingegraben haben, bilden daher schlechte Atomziele.

Da ein Verteidiger sich nicht vorwärts bewegen will, ausgenommen bei einem Gegenangriff, kann und sollte er sich in zerstreuten Gruppen eingraben oder auf andere Weise schützen, während er den Angriff des Angreifers abwartet. Selbst wenn der Feind seinem Angriff eine einleitende Bombardierung unter Einsatz von Atomwaffen vorausschickt, kann die Hauptmasse der verteidigenden Streitkräfte überleben.

Der Verteidiger kann seine Chance sehr vergrößern, wenn er sich hinter natürlichen Hindernissen, wie Flüssen, Gebirgs- und Hügelketten, tiefgestaffelt aufstellt. Lücken können dann durch künstliche Hindernisse, Minenfelder, Stacheldraht, Tanksperrren und ähnliches ausgefüllt werden. Im Schutze dieser Hindernisse ver-

Dem Angreifer droht dann das Dilemma eines Atomangriffs. Er kann die elastische Verteidigung nicht durchbrechen, wenn er seine Streitkräfte nicht konzentriert; aber wenn er sie konzentriert, setzt er sich der Gefahr einer Vernichtung durch Atomangriffe aus.

Glückt es dem Angreifer, einen Brückenkopf oder durch Luftlandetruppen einen Landekopf zu bilden, dann sind diese wieder konzentrierte Ziele, die der Verteidiger sofort nach ihrer Entdeckung mit Atomwaffen bekämpfen sollte. Diesen Schlägen sollte ein Gegenangriff der beweglichen Streitkräfte des Verteidigers folgen, die sich bis zu diesem Augenblick in verstreuten Stellungen befunden haben. Nach dem Gegenangriff sollte sich der Verteidiger wieder verstreuen.

Hat der Verteidiger im voraus Vorbereitungen — wenn der Angreifer seine ersten Offensivbewegungen macht — für Luftangriffe auf die feindlichen Flugplätze, Warnvorrichtungen der Fernmeldeanlagen und Versorgungs- und Kommandostellen getroffen, dann können die Hoffnungen des Angreifers auf einen schnellen Durchbruch durch die tiefe Verteidigungszone des Verteidigers zunichte gemacht werden. Ein derartig elastisches Verteidigungssystem, das aus verstreuten aber höchst beweglichen Infanterie- und Panzereinheiten und sofort verfügbaren und beweglichen, mit Atomwaffen ausgestatteten Streitkräften besteht, kann durch keinen Angreifer, egal wie stark oder zahlreich er ist, im Sturm genommen werden. Die den Sowjets in Mitteldeutschland und in ihren anderen europäischen Satellitenstaaten zur Verfügung stehenden Streitkräfte hätten hierbei bestimmt

teilt und von einem leichten Beobachterschleier gedeckt, der durch ein leidlich wirksames Nachrichtensystem ergänzt wird, kann es sich der Verteidiger leisten, sich „hinzusetzen“ und den Angriff abzuwarten.

Der Feind könnte sich ebenfalls verteilen und seine Streitkräfte eingraben, aber um vorwärts zu kommen, muß er sich bewegen. Will er schnelle Fortschritte durch oder über die Hindernisse des Verteidigers erzielen, muß er sich außerdem konzentrieren. Wenn er seine Streitkräfte zusammenzieht, bietet er für die taktischen Atomwaffen des Verteidigers sofort ein höchst lohnendes Ziel. Tatsächlich kann sich der Verteidiger sehr wohl im voraus die Gebiete ausrechnen, in denen der Angreifer sowohl seine Mannschaften als auch seine Ausrüstung konzentrieren muß — die Stellen, wo er Brücken bauen muß, Engpässe auf den Anmarschstraßen und ähnliches. Der Verteidiger kann dann seine Atomwaffen — Artillerie, Raketen, ferngelenkte Geschosse oder Flugwaffe — in verstreuten Positionen aufstellen, von denen aus diese die feindlichen Truppen- und Materialansammlungen schnell unter vernichtendes Feuer nehmen können.

Ein elastisches Verteidigungssystem

keine Aussicht auf Erfolg. Weil die Vereinigten Staaten Atomgranaten, -bomben und -raketen entwickelt haben, die auf verschiedene Weise ans Ziel gebracht werden können, ist es möglich gewesen, dieses Verteidigungssystem in Europa teilweise aufzubauen. Durch den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO werden Tiefe und Stärke der Land- und Luftstreitkräfte Mitteleuropas in der notwendigen Weise vergrößert werden.

Zur See übertreffen die zur Unterstützung der NATO vorhandenen Flotten glücklicherweise die russische Flotte, obgleich diese über eine große Anzahl U-Boote und eine wachsende Zahl Kreuzer verfügt. Es könnte sehr wohl einige Zeit dauern, bis die sowjetischen U-Boote zerstört und neutralisiert sind, aber es besteht gar kein Zweifel daran, daß dies geschehen könnte und auch würde. Der Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte im Atlantik ist verantwortlich für die Planung des Einsatzes aller NATO-Hochseeflotten mit der Aufgabe, die Seeverbindungswege zwischen Europa und dem nordamerikanischen Kontinent zu sichern. Seine Streitkräfte haben außerdem die Aufgabe, die Verteidigung Europas durch SACEUR zu unterstützen.

Man kann nicht sagen, daß die NATO ein modernes integriertes Land-, Luft- und Seeverteidigungssystem, wie oben beschrieben, besitzt. Es gibt Lücken, ernsthafte Lücken im gegenwärtigen System, aber sie können geschlossen werden, wenn die westlichen Verbündeten fest zusammenhalten und an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Neue Ausrüstungen, Einrichtun-

gen und Methoden sind teuer, und einige NATO-Staaten sind der Ansicht, daß sie die finanzielle Grenze dessen, was sie für die Verteidigung ausgeben können, nahezu erreicht haben. In den nächsten Monaten und Jahren müssen wir uns vielleicht weitgehend auf Gegenmaßnahmen konzentrieren, um die erste Phase eines eventuellen Krieges zu überleben. Es wäre gefährlich, anzunehmen, daß beide Seiten auf strategische Atombombenabwürfe verzichten würden. Die Seite, die die relativ

kurze Eröffnungsphase der beiderseitigen Atombombenabwürfe besser übersteht, würde letzten Endes den Sieg davon tragen, wenn es auch nur ein Pyrrhussieg wäre. Deshalb muß sich die NATO in erster Linie auf so abschreckende Mittel wie auf die zur Gegenoffensive bestimmte Luftwaffe und auf das notwendige Minimum an Streitkräften konzentrieren, das erforderlich ist, um NATO-Europa, Kanada und die Vereinigten Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abschirmen zu können.

Sie versuchten listig, die europäischen Partner davon zu überzeugen, daß die Streitigkeiten eine amerikanisch-sowjetische Angelegenheit seien, aus denen sich andere Nationen heraushalten könnten. Fangphrasen wie Atomsackgasse und friedliche Koexistenz haben die sowjetischen Propagandisten erdacht, um die kriegsmüden Völker der Erde durch Schrecken oder Überredung zur Annahme des Trojanischen Pferdes „Neutralismus“ zu bewegen.

Die „Atomsackgasse“

Diejenigen, die den Wert der NATO skeptisch beurteilen, erklären, es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Sowjets einen genügend großen Vorrat an Atombomben besäßen und imstande seien, sie über weite Strecken ans Ziel zu bringen, und daß sie dann ein wirksames Gegengewicht gegen die Vergeltungsmacht der S. A. C. und der englischen Bomberkommandos hätten. Das Ergebnis, wird behauptet, wäre eine „Atomsackgasse“. Es wird von einigen die Ansicht vertreten, daß die Teilnehmer der „Gipfel“-Konferenz in Genf tatsächlich taktisch zugegeben hätten, daß weder der Osten noch der Westen jemals einen Atomkrieg beginnen würden. Gibt es aber keinen Atomkrieg, dann ist zu folgern, daß überhaupt kein allgemeiner Krieg mehr stattfindet. Und wenn nicht, warum dann überhaupt die Ausgabe und den Ärger mit der Unterhaltung von mehr als nur nominalen Streitkräften und Einrichtungen in der NATO?

Vielleicht läßt sich dieses Problem am besten mit der alten Technik des „ad absurdum Führens“ klären. Könnten sich die europäischen Länder mit Sicherheit auf die friedlichen Absichten der Sowjets verlassen, dann könnten sie vielleicht auf ihre Streitkräfte völlig verzichten und sich zur Verhinderung eines Krieges allein auf die S. A. C. verlassen. Aber ohne gut organisierte und bereite Land- und taktische Luftstreitkräfte, die sich der Sowjetarmee entgegenstellen, könnte diese eines Tages während ihrer jährlichen Manöver einfach über die Grenzen nach Westen und Süden marschieren. Wenn sich ihr niemand in den Weg stellt, könnte sie innerhalb weniger Tage Europa überrennen — ohne Einsatz einer einzigen Atombombe. Wir können uns dann vorstellen, wie die Sowjets zu den Amerikanern sagen: „Nun kommt und holt uns.“ Würden wir in diesem Falle die entsetzliche Verantwortung für einen Atomkrieg übernehmen, um Europa „zu befreien“? Würden wir Bomben auf Paris, Mailand, die Saar

und das Ruhrgebiet werfen? Die Alternative für England und die westliche Hemisphäre wäre die wirtschaftliche und politische Isolierung und ein fast unvermeidbarer Weltkrieg. Die Alternative für Europa wäre die dauernde Besetzung und Unterwerfung unter die kommunistische Herrschaft oder eine „Befreiung“ durch Zerstörung. Niemand glaubt natürlich, daß sich NATO-Europa freiwillig auf die Absurdität dieser entsetzlichen Alternativen einlassen würde.

Deshalb muß die NATO eine wirkungsvolle Land-, See- und Luftabschirmung aufbauen. Solch ein Schild in Verbindung mit der Vergeltungsmacht der S. A. C. und der wachsenden Macht des RAF-Bomberkommandos muß stark genug sein, um die Sowjets davon zu überzeugen, daß sie das Ziel der kommunistischen Weltherrschaft vermutlich nicht durch Krieg erreichen können. Obgleich die NATO große Fortschritte beim Aufbau eines derartigen Schildes gemacht hat, kann niemand behaupten, daß sie alle ihre militärischen Probleme gelöst hat oder Verbesserungen nur noch auf wenigen Gebieten notwendig seien.

Inzwischen wird die NATO weiterhin ein sehr notwendiger Faktor zur Aufrechterhaltung des Friedens sein. Die dauernden Bemühungen der Russen selbst, das NATO-Bündnis zu schwächen oder aufzulösen, verraten uns den wahren Grad seiner Wirksamkeit als Abschreckungsmittel gegen eine sowjetische Aggression. Sie sind sich sehr wohl bewußt, daß jede Schwächung der NATO eine Stärkung der Sowjetunion bedeutet, und deshalb haben sich die russischen Bemühungen, die Solidarität des westlichen Bündnisses zu sprengen, in dem Maße vervielfältigt, wie die Stärke des NATO-Bündnisses zugenommen hat.

Die letzte sowjetische Taktik zur Schwächung der NATO bestand in dem Versuch, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und die europäischen Mitglieder des Bündnisses zu treiben.

Der Kampf spielt sich nicht allein zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ab — er wird zwischen den Völkern der freien Welt, die sich zur Idee der Würde des Individuums und der Freiheit aller Völker bekennen, und den Führern der kommunistischen Welt ausgetragen, die entschlossen sind, ihre imperialistische Sklaverei der ganzen Menschheit aufzuzwingen. Ein Land, das sich dem Neutralismus verschreibt, beschwört eine Katastrophe herauf, solange der Kreml am Prinzip der Weltherrschaft festhält, wie sie von Marx und Lenin erläutert oder von Chruschtschow und Bulganin vorübergehend modifiziert worden ist. Ein Land, das sich des Schutzes der NATO begibt, würde bald in den Armen des russischen Bären willkommen geheißen werden, der Estland, Lettland und Livland zermalmte und sich Polen, Ostdeutschland, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei einverleibte.

Die vereinte Stärke der NATO-Staaten hat sich als wirksames Abschreckungsmittel gegen eine offene und heimliche kommunistische Aggression erwiesen. Sie ist elastisch und anpassungsfähig genug, auch den neuen Ränken der Sowjetpropaganda begegnen zu können. Es wäre reiner Wahnsinn, wenn die Mitglieder der NATO die Bande lockern würden, die bis jetzt den Frieden gesichert haben. Wenn die Freiheit leben soll, darf die NATO nicht sterben.

Anmerkung

Averell Harriman, vertrauter Berater Franklin D. Roosevelts, 1941 als Leiter einer Mission, 1942 als Vertreter des Präsidenten zu den ersten strategischen Gesprächen mit Stalin und Churchill und von 1943 bis 1946 als amerikanischer Botschafter in die Sowjetunion gesandt.

Prof. Chester Verme Easum, geb. 30. März 1894 in Clayton, Illinois, USA, Studium in Knox College, Universität Wisconsin, Rhodes scholar, Oxford Universität. Seit 25 Jahren Historiker an der State Universität von Wisconsin. 1954—56 Kulturattaché der Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg, Verfasser von zahlreichen Schriften, die z. T. auch ins Deutsche übersetzt wurden, u. a. „Prince Henri of Prussia“, „The Americanisation of Carl Schurz“, „Fifty Years of Conflicts“.

General J. Lawton Collins, amerikanisches Mitglied des ständigen Rates der NATO, 1949 bis 1953 Chef des Generalstabes der amerikanischen Armee.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschli. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Walter A. Berendsohn: „Probleme der Emigration
aus dem Dritten Reich“

Danielle Hunebelle: „Ein neuer Führer für England“

Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“

Wolfgang Leonhard: „Der 20. Parteitag in Moskau
— eine Analyse“

Boris Meissner: „Das Ende des Stalin-Mythos“

... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
